



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1958

Samstag, den 11. Oktober 1958

Nr. 41

INHALT	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Generalkonsul der Südafrikanischen Union in Hamburg, Herrn A. J. van Lille	1217	
Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 9. bis 25. 9. 1958	1217	
Der Hessische Minister des Innern		
Ernennung der Kreiswahlleiter für die Landtagswahl 1958	1218	
Kriegsgräber, Heimführung deutscher Kriegstoter aus Luxemburg	1218	
Mitteilungen von Todeserklärungen und Feststellungen der Todeszeit	1218	
Umorganisation der Landespolizei; hier: Errichtung von Landespolizei-Stationen	1218	
Anordnung über Ermäßigung der Baugenehmigungsgebühr bei Bauwerken für die eine Typengenehmigung erteilt ist	1219	
Befreiung von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes für die Hersfelder Kreisbahn	1219	
Befreiung von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes für die Marburger Kreisbahn	1219	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Lohntarif für die Arbeiter des Landes Hessen (HLT-L)	1219	
Verlust einer Dienstmarke des hessischen Steuerfahndungsdienstes	1219	
Steuerrechtliche Behandlung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der Organe der staatlichen Wohnungspolitik; hier: Pauschbesteuerung bei Erteilung von Ausnahmebewilligungen unter Auflagen abgabenrechtlicher Art (§ 10 Abs. 3 WGGDV)	1219	
Kürzung der tariflichen Bezüge nach der ADO zu § 18 ATO	1220	
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrvikarie Rodheim-Bieber, Krs. Wetzlar	1220	
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr		
Bau und Betrieb einer Anschlußgasfernleitung, die bei Medenbach (Dillkreis) von der bestehenden Gasfernleitung Niederschelden-Frankfurt (Frankfurter Leitung) abzweigt und zu dem Werk Frohnhausen (Dillkreis) der Stahlwerk Südwestfalen-AG., Geisweid, führt	1220	
Bundesstraße 40; hier: Widmung der Anschlußstelle „Weilbacher Kreuz“ und Aufstufung der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012 zur Bundesstraße sowie Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 40 und Eintragung der Neubaustrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3285 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung		1220
Widmung der zweiten Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 40 in Hochheim a. M., Main-Taunuskreis		1221
Eintragung der Landstraße I. Ordnung Nr. 302 Werleshausen-Neusesen in das Straßenverzeichnis		1221
Widmung der neugebauten Teilstrecke der Bundesstraße 3 und Entwidmung der bisherigen Teilstrecke		1221
Widmung der Anschlußstelle Butzbach (Westseite) an der Bundesautobahn Berlin-Baden-Baden		1221
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen		1221
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Flurbereinigung Massenheim, Krs. Friedberg		1227
Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Viehseuchenanordnung zur Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder		1228
Verlust von Flüchtlingsausweisen		1228
WIESBADEN		
Ungültigkeitserklärung eines Vertriebenenausweises		1228
Genehmigung der Übertragung des Versicherungsbestandes der Brandversicherungsgesellschaft Langenselbold auf den Raiffeisendienst, Allgemeine Versicherungsgesellschaft Wiesbaden		1228
Verordnung über die Freigabe von Sonntagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen. Für die Stadt Herborn/Dillkreis, Gemeinde Wehrheim/Kreis Usingen und Gemeinde Neuses/Kreis Gelnhausen		1228
Satzung des Schulverbandes Auroff		1228
Satzung des Schulverbandes Schlienbach-Neuenschiedten-Hellstein		1230
Verlust von Vertriebenenausweisen		1231
Buchbesprechungen		1232
Öffentlicher Anzeiger		1233

999

Der Hessische Ministerpräsident

Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Generalkonsul der Südafrikanischen Union in Hamburg, Herrn A. J. van Lille

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul der Südafrikanischen Union in Hamburg ernannten Herrn A. J. van Lille am 22. September 1958 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk umfaßt das Bundesgebiet.

Wiesbaden, 30. 9. 1958

Der Hessische Ministerpräsident, Staatskanzlei
II/3 Az.: 2e 10/03 St.Anz. 41/1958 S. 1217

1000

Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 9. bis 25. 9. 1958

	Preis DM
Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1957	—,75
A. Natürliche Bevölkerungsbewegung	
B. Räumliche Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungsstand	
Erntevorschätzung für einige Gemüsearten Ende August 1958	—,50
Ernte 1957 von Steckzwiebeln, Stangenbohnen und Gurken und Wachstumsstand des Spät- und Dauergemüses Ende August 1958	—,25
Stand der Reben in Hessen Ende August 1958	—,25
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen August 1958	—,50

Eiererzeugung und -verwendung
Schweinebestandsentwicklung
Ergebnisse der Schweineverkäufe
Preisberichterstattung
Erntevorschätzung
Voraussichtliche Aussaat Herbst 1958

Industrie und Bauhauptgewerbe im Juli 1958	1,—
Umsatzentwicklung des Einzelhandels in Hessen im August 1958 — Schnellbericht	—,25
Die Ausfuhr Hessens im Juli 1958	—,75
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 1958 — Vorauswertung —	—,25
Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Juli 1958	—,75
Landes- und Bundessteuern in Hessen im August 1958	—,25
Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen im Jahre 1957 (Ergebnisse der Jahresumsatzsteuerstatistik)	—,50
Preise wichtiger Baustoffe und Bauarbeiten in mittleren und kleineren Gemeinden in Hessen im Juli 1958	—,25
Der Preisindex für den Wohnungsbau in Hessen im Mai 1958	—,25
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise in Hessen im Juni 1958	—,75
Einzelhandelspreise in Hessen im Juli 1958 und die Preisbewegung bei den Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs im Juli 1958	—,75

Wiesbaden, 25. 9. 1958

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 4 (a) Az.: 77a 240/58
St.Anz. 41/1958 S. 1217

1001

Der Hessische Minister des Innern

Ernennung der Kreiswahlleiter für die Landtagswahl 1958

An Stelle von Landrat Dr. Rehrmann, Dillenburg, habe ich Regierungsamtmann Graf zum Kreiswahlleiter und Regierungsoberinspektor Haas, beide beim Landratsamt Dillenburg, zum Stellvertreter des Kreiswahlleiters für den Wahlkreis 16 ernannt.

Wiesbaden, 29. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern

Ile — 3 c 18/09 — 2/58 — 2

St.Anz. 41/1958 S. 1218

1002

Kriegsgräber, Heimführung deutscher Kriegstoter aus Luxemburg

Nachstehend gebe ich die vom Bundesminister des Innern getroffenen Bestimmungen über die Heimführung deutscher Kriegstoter aus Luxemburg bekannt:

„In einem nicht veröffentlichten Notenwechsel mit der Luxemburgischen Regierung wurde ein Kriegsgräberabkommen über die endgültige Beisetzung der in Luxemburg ruhenden deutschen Gefallenen abgeschlossen. Hierin ist wegen der Heimführung deutscher Kriegstoter aus Luxemburg folgende Bestimmung getroffen:

- „13. Umbettungen von deutschen Gefallenen nach Deutschland auf Antrag ihrer Angehörigen unterliegen der Genehmigung des Herrn Luxemburgischen Ministers des Innern. Die Genehmigung soll nur nach Vorlage einer vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. auszustellenden Bescheinigung über den genauen Grabnachweis erteilt werden.“

Als deutsche Kriegstote gelten nach diesem Abkommen die in Luxemburg ruhenden deutschen Gefallenen. Für die Heimführungen aus Luxemburg im Rahmen der nachfolgenden Regelung sind die gem. § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Sorge für die Kriegsgräber vom 27. Mai 1952 (Bundesgesetzblatt S. 320) für deutsche Kriegstote geltenden Begriffsbestimmungen maßgeblich.

Bei Durchführung der in Ziff. 13 des deutsch-luxemburgischen Kriegsgräberabkommens getroffenen Bestimmungen bitte ich, wie folgt zu verfahren:

- Anträge auf Exhumierung und Überführung deutscher Kriegstoter sind bei der für den deutschen Aufnahmefriedhof zuständigen Landesbehörde einzureichen.
- Die nach Buchstabe a) zuständige Landesbehörde sendet die Anträge unmittelbar an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 3, Boulevard Royal, Luxemburg, die sie an den Luxemburgischen Minister des Innern weiterleitet.

Vor der Weitergabe der Anträge müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die mit den Sorgemaßnahmen für Kriegsgräber (§ 2 Abs. 1 Kriegsgräbergesetz) betraute Behörde des für den deutschen Aufnahmefriedhof zuständigen Landes muß ihr Einverständnis erklärt haben.
- Es muß eine Grablagebescheinigung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Kassel, Ständeplatz 2, beigelegt werden, aus der hervorgeht, daß es sich bei dem aus Luxemburg zu überführenden Toten um einen deutschen Kriegstoten im Sinne des § 1 Abs. 1 Kriegsgräbergesetz handelt.
- Es muß für den Toten eine Ruhestätte auf einem deutschen Kriegsgräberfriedhof (Ehrenfriedhof oder Ehrenfeld) gesichert sein. In begründeten Ausnahmefällen kann von der gemäß Ziff. 1 zuständigen Behörde die Aufnahme in eine allgemeine Begräbnisstätte zugelassen werden.
- Es muß die Gewähr dafür bestehen, daß die in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften über solche Überführungen eingehalten werden. Hierzu wird bemerkt, daß Luxemburg nicht zu den Vertragsstaaten des Internationalen Abkommens über Leichenbeförderung vom 10. 2. 1937 (RGBl. 1938 II S. 199) gehört.
- Der Antragsteller muß sich verpflichten, die durch die Ausgrabung, den Transport und die Wiedereinbettung entstehenden Kosten zu tragen. Das gleiche gilt für die In-

standhaltung und Pflege des Grabes, wenn der Tote nicht auf einen Kriegsgräberfriedhof (Ehrenfriedhof oder Ehrenfeld) eingebettet wird.

Für das Antragsverfahren sollen in sinngemäßer Anwendung des § 5 Abs. 4 Kriegsgräbergesetz Verwaltungsgebühren nicht erhoben werden.

Nach Ziffer 12 des deutsch-luxemburgischen Kriegsgräberabkommens ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. beauftragt, die nach dem Abkommen in Luxemburg vorzunehmenden Aufgaben und Arbeiten auszuführen. Den Antragstellern ist daher zu empfehlen, sich vorher mit ihm in Verbindung zu setzen.“

Die Befugnis, Anträge auf Exhumierung und Heimführung deutscher Kriegstoter aus Luxemburg in die Heimat unmittelbar an die

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland 3, Boulevard Royal, Luxemburg, zu richten, wird hiermit auf die unteren Verwaltungsbehörden — Landräte und Magistrate der kreisfreien Städte — übertragen. Unter der Voraussetzung, daß die vorstehenden zu Ziff. 2—5 gestellten Auflagen erfüllt sind, gilt mein Einverständnis zur Überführung gem. Ziff. 1 als gegeben.

Ich bitte daher, in das Übersendungsschreiben folgende Wortlaut aufzunehmen:

„Der Hessische Minister des Innern hat sich mit der Überführung des Kriegstoten einverstanden erklärt.“

Wiesbaden, 22. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern

Ile — 50 i 08/05 — 28/58 — 6

St.Anz. 41/1958 S. 1218

1003

Mitteilungen von Todeserklärungen und Feststellungen der Todeszeit.

Bezug: RdErl. vom 6. 1. 1949 — I — 25 h 04/01 — 2367/49 — (St.Anz. S. 4 — Hess. Standesbeamte S. 17) und vom 19. 9. 1949 — I — 25 h 04/27b — 4669/49 — (St.Anz. S. 403 — Hess. Standesbeamte S. 73).

Nachdem die Mitteilungspflicht bei gerichtlichen Todeserklärungen und Feststellungen der Todeszeit in den §§ 31, 32 der AVPStG sowie in § 291 DA neu geregelt wurde, hat der Hessische Minister der Justiz mit nachstehendem RdErl. vom 8. 8. 1958 — 3810 — IIIa 7107 (JMBl. S. 84) seine RdErl. vom 7. 12. 1948 (JMBl. S. 9), 5. 7. 1949 (JMBl. S. 85) und 20. 3. 1951 (JMBl. S. 41) aufgehoben:

„Durch die vorerwähnten Runderlasse sind die Gerichte angewiesen, Entscheidungen über eine Todeserklärung oder Feststellung der Todeszeit zusätzlich den Standesämtern mitzuteilen, die die Geburt und die Eheschließung des für tot Erklärten beurkundet haben. Da das Standesamt I in Berlin (West) nunmehr diese Mitteilungen veranlaßt, können diese zusätzlichen Mitteilungen der Gerichte entfallen. Ich hebe daher insoweit die genannten Runderlasse auf.

Die Pflicht zu Mitteilungen an das Standesamt I in Berlin (West) gemäß § 31 Abs. 2 der VO zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 (BGBl. I S. 1139) wird hiervon nicht berührt.“

Damit sind auch meine o. a. RdErl. gegenstandslos geworden und werden aufgehoben.

Wiesbaden, 25. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern

Ile — 25 h 04/45 — 2/58 — 1

St.Anz. 41/1958 S. 1218

1004

Umorganisation der Landespolizei

hier: Errichtung von Landespolizei-Stationen

Im Monat September 1958 sind in den Landkreisen Dillenburg, Melsungen, Büdingen, Darmstadt und Erbach Landespolizei-Stationen eingerichtet worden.

Nachstehend gebe ich Anschriften und Fernsprechanchlüsse bekannt:

1. **Landespolizei-Station Dillenburg**
Dillenburg, Wilhelmstraße 1a, Volksschule I, Fernsprechan-
schluß: Dillenburg 1291 und 1292
 2. **Landespolizei-Station Melsungen**
Melsungen, Kasseler Straße 31, Fernsprechan-
schluß: Melsungen 561 und 562
 3. **Landespolizei-Station Büdingen**
Büdingen/Oberhessen, Saline 1, Fernsprechan-
schluß: Büdingen 871 und 872
 4. **Landespolizei-Station Büdingen — Außenstelle Nidda —**
Nidda/Oberhessen, Bismarckstraße 20, Fernsprechan-
schluß: Nidda 224
 5. **Landespolizei-Station Darmstadt**
Darmstadt, Steubenplatz 19, Fernsprechan-
schluß: Darmstadt 4802 und 4803
 6. **Landespolizei-Station Erbach**
Erbach, Pestalozzistraße 5, Fernsprechan-
schluß: Erbach 777 und 778
- Wiesbaden, 24. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IIIa (3) — Az.: 35 v 04
St.Anz. 41/1958 S. 1218

1006

An den
Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld
Bad Hersfeld
über Herrn Regierungspräsidenten in Kassel

**Befreiung von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes für die
Hersfelder Kreisbahn**

Bezug: Ihr Bericht vom 11. 8. 1958 — Az.: Hersf. Krsb. —.

Gemäß § 29 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 19) genehmige ich hiermit, daß für die Jahresbilanz der Hersfelder Kreisbahn an Stelle des in § 2 der Durchführungsverordnung zum EBG vom 9. 4. 1957 (GVBl. S. 41) bestimmten Formblattes weiterhin die in § 25 Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29. 9. 1937 (RGBl. I S. 1026) vorgeschriebenen Formblätter (Muster 4 und 5) verwendet werden dürfen.

Wiesbaden, 24. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IV a — 3 k 02 — 7/58
St.Anz. 41/1958 S. 1219

1007

An den
Kreisausschuß des Landkreises Marburg
Marburg/Lahn
über Herrn Regierungspräsidenten in Kassel

**Befreiung von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes für die
Marburger Kreisbahn.**

Bezug: Ihr Bericht vom 7. 8. 1958 — G/02-58/Sch/Gr. —.

Gemäß § 29 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 19) erteile ich hiermit der Marburger Kreisbahn für die Wirtschaftsjahre 1957, 1958 und 1959 Befreiung von der Vorschrift des § 24 Abs. 2 EBG mit der Maßgabe, daß an Stelle des zur Prüfung der Jahresabschlüsse bestimmten Wirtschaftsprüfers das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Marburg/Lahn tritt.

Ferner genehmige ich hiermit, daß an Stelle des in § 2 der Durchführungsverordnung zum Eigenbetriebsgesetz vom 9. 4. 1957 (GVBl. S. 41) für die Jahresbilanz der Eigenbetriebe bestimmten Formblattes weiterhin die gemäß § 25 Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29. 9. 1937 (RGBl. I S. 1026) vorgeschriebenen Formblätter (Muster 4 und 5) verwendet werden dürfen.

Wiesbaden, 24. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IVa — 3 k 02 — 7/58
St.Anz. 41/1958 S. 1219

1005

Anordnung

über Ermäßigung der Baugenehmigungsgebühr bei Bauwerken, für die eine Typengenehmigung erteilt ist.

Auf Grund des § 11 Abs. 2 des Hessischen Verwaltungsgebührengesetzes vom 14. Oktober 1954 (GVBl. S. 163) ordne ich im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen mit Wirkung vom 1. 10. 1958 an:

1. Bei Bauwerken, für die gemäß § 74 der Hessischen Bauordnung vom 6. Juli 1957 (GVBl. S. 101) eine Typengenehmigung erteilt ist, ist nur die Hälfte der Baugenehmigungsgebühr nach Nr. 11 I A des Gebührenverzeichnisses zum Hessischen Verwaltungsgebührengesetz zu erheben.
2. Die Ermäßigung nach Nr. 1 bezieht sich nicht nur auf die Gebühr für die Abnahme der Aufstellung von genehmigten fliegenden Bauten nach Nr. 11 I A 5 b des Gebührenverzeichnisses.

Wiesbaden, 13. 9. 1958

Der Hessische Minister des Innern
Vd — 64 a 04 — 20/58
St.Anz. 41/1958 S. 1219

Der Hessische Minister der Finanzen

1008

Lohntarif für die Arbeiter des Landes Hessen (HLT-L)

Die Bezirksleitung Hessen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat in ihrer Schriftenreihe den Lohntarif zum Manteltarifvertrag für die Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen vom 20. Mai 1949 unter Berücksichtigung der inzwischen vereinbarten tarifvertraglichen Änderungen nach dem Stande vom 1. September 1958 als Sonderdruck (Heft Nr. 20) neu herausgegeben. Der Sonderdruck ist mit mir abgestimmt und enthält den maßgebenden Wortlaut.

Wiesbaden, 23. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2201 A — 24 — I 41
St.Anz. 41/1958 S. 1219

1009

Verlust einer Dienstmarke des hessischen Steuerfahndungsdienstes

Die Dienstmarke Nr. 71 des hessischen Steuerfahndungsdienstes ist verloren gegangen. Sie wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 26. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1785 B — I/31
St.Anz. 41/1958 S. 1219

1010

Steuerrechtliche Behandlung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der Organe der staatlichen Wohnungspolitik;

hier: Pauschbesteuerung bei Erteilung von Ausnahmegewilligungen unter Auflagen abgabenrechtlicher Art (§ 10 Abs. 3 WGGDV)

Nach dem Erlaß vom 22. April 1958 — S 2512a — 4 — II/31 — Abschnitt 4, Absatz 6, Buchst. a (BStBl. 1958 II S. 70, St.Anz. 1958 S. 505) entfallen von dem Pauschbetrag von 1,50 DM je Quadratmeter Wohnfläche

auf die Körperschaftsteuer	1,20 DM
auf die Abgabe „Notopfer Berlin“	—,10 DM
auf die Vermögensteuer	—,20 DM

Durch das Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (BStBl. 1958 I S. 412) ist die Abgabe „Notopfer Berlin“ — erstmals für den Veranlagungszeitraum 1958 — weggefallen und die Körperschaftsteuer entsprechend erhöht worden. Ich bitte deshalb, den Pauschbetrag von 1,50 DM vom Veranlagungszeitraum 1958 an mit der Maßgabe anzuwenden, daß auf die Körperschaft-

steuer 1,30 DM und auf die Vermögensteuer —,20 DM entfallen.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen. Er wird im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlicht werden.

Wiesbaden, 22. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
S 2512a — 4 — II/31
St.Anz. 41/1958 S. 1219

1011

Kürzung der tariflichen Bezüge nach der ADO zu § 18 ATO

Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil vom 28. 2. 1958 1 AZR 366/56 — festgestellt, daß die ADO zu § 18 ATO von vornherein unwirksam gewesen ist, da der die ADO erlassende frühere Reichsfinanzminister keine Ermächtigung gehabt hat, in der ADO zu Ungunsten der Arbeitnehmer von den tariflichen Vorschriften abzuweichen. Nach dieser Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist es daher nicht zulässig,

bei der Beschäftigung von Angestellten über das 65. Lebensjahr hinaus eine Kürzung der tariflichen Bezüge in Höhe der Hälfte der Bezüge aus den gesetzlichen Rentenversicherungen zu vereinbaren. Ich bitte daher, bei der Weiterbeschäftigung künftig in diesen Fällen die ADO zu § 18 ATO nicht mehr anzuwenden.

Den z. Z. noch im Dienst befindlichen Angestellten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, sind mit sofortiger Wirkung die vollen tariflichen Bezüge zu zahlen. Die Kürzungsbeträge sind ihnen unverzüglich nachzuzahlen.

In Fällen, in denen Angestellte über das 65. Lebensjahr hinaus beschäftigt worden und inzwischen bereits ausgeschieden sind, bitte ich, die seinerzeit gekürzten Vergütungsbeträge auf Antrag nachzuzahlen, soweit nicht die Einrede der Verjährung zu erheben ist.

Wiesbaden, 25. 9. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2000 A — 28 — I 41
St.Anz. 41/1958 S. 1220

1012

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrvikarie Rodheim-Bieber, Kreis Wetzlar

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1958 werden die katholischen Einwohner der Orte Rodheim-Bieber, Fellingshausen, Krodorf-Gleiberg, Launsbach, Odenhausen, Salzböden, Vetzberg und Wißmar, sämtlich im Kreise Wetzlar gelegen, zu einer neuen Kirchengemeinde mit dem Namen „Katholische Kirchengemeinde St. Anna, Rodheim-Bieber“ vereinigt. Sie

scheiden damit aus der Kirchengemeinde und Pfarrei Wetzlar zu der sie bisher gehört haben, aus.

Die in Rodheim-Bieber bereits bestehende Seelsorgestelle wird zur Pfarrvikarie erhoben.

Wiesbaden, 29. 9. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 883/02 — 58

St.Anz. 41/1958 S. 1220

1013

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Bau und Betrieb einer Anschlußgasfernleitung, die bei Medenbach (Dillkreis) von der bestehenden Gasfernleitung, Niederschelden — Frankfurt (Frankfurter Leitung) abzweigt und zu dem Werk Frohnhausen (Dillkreis) der Stahlwerk Südwestfalen-AG. Geisweid, führt

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird zugunsten der Ruhrgas-Aktiengesellschaft, Essen (Ruhr), die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in dem Dillkreis des Regierungsbezirks Wiesbaden für den Bau und Betrieb nachstehender Anschlußgasfernleitungen im Wege der Enteignung für zulässig erklärt:

Anschlußgasfernleitung, die bei Medenbach (Dillkreis) von der bestehenden Gasfernleitung Niederschelden—Frankfurt (Frankfurter Leitung) abzweigt und zu dem Werk Frohnhausen (Dillkreis) der Stahlwerk Südwestfalen-AG., Geisweid, führt;

Anschlußgasfernleitung, die zwischen Dillenburg und Sechshelden (Dillkreis) von der vorgenannten Anschlußgasfernleitung Medenbach—Frohnhausen abzweigt und am Gaswerk Dillenburg in die bestehende Gasfernleitung Fleißbach—Dillenburg (Dilltalleitung) einmündet.

Auf das Verfahren findet das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS S. 211) Anwendung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 31. Juli 1959 gestellt worden ist.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Wiesbaden, 30. 8. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
W IV a — 215 G — 67

St.Anz. 41/1958 S. 1220

1014

Bundesstraße 40

hier: Widmung der Anschlußstelle „Weilbacher Kreuz“ und Aufstufung der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012 zur Bundesstraße sowie Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 40 und Eintragung der Neubaustrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3265 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung.

1. Die bei Weilbach, Kreis Main-Taunus, Regierungsbezirk Wiesbaden, neugebaute Anschlußstelle „Weilbacher Kreuz“ erhält mit Wirkung vom 1. April 1957 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. August 1953 — BGBl. I S. 903) und wird Bestandteil der Bundesstraße 40.

Die gewidmete Strecke beginnt bei km 3,516 und endet bei km 3,974.

2. Mit Wirkung vom 1. April 1957 erhält die Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012 von km 2,790 bis km 3,516 = 726 m die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 40.

Im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung ist diese Teilstrecke nach Ablauf des 31. März 1957 zu löschen (§ 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. Dezember 1934 — RGBl. I S. 1237 —).

3. Die Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012 von km 3,974 bis km 4,202 (neu) (= 4,189 alt) sowie die Abzweigung bei km 4,085 (neu) von km 0,003 bis km 0,114 erhalten mit Wirkung vom 1. April 1957 die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung und werden Bestandteil der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012.

4. Die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 54 von km 0,000 (Einmündung in die Bundesstraße 40) bis km 1,058 = 1058 m (Kreuzungspunkt am „Weilbacher Kreuz“) ist nach Ablauf des 31. März 1957 im Verzeichnis der Bundesstraße 54 zu löschen und mit Wirkung vom 1. April 1957 in das Verzeichnis der Bundesstraße 40 einzutragen.

5. Durch die Fertigstellung der Anschlußstelle „Weilbacher Kreuz“ ist die bisherige Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3012 von km 3,516 bis km 4,189 (alt) entbehrlich geworden. Diese Teilstrecke wird nach Ablauf des 31. März 1957 eingezogen und im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung gelöscht.

6. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 40 von km 19,911 (alt) bis km 21,166 = 1255 m verliert nach Ablauf des 31. 3. 1958 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird mit Wirkung vom 1. 4. 1958 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3265 von km 19,918 (neu) (= 19,911 alt) bis km 21,166 (neu) in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung aufgenommen.

7. Die Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3265 von km 18,903 bis km 19,918 (neu) (= 19,911 alt) = 1015 m wird mit Wirkung vom 1. 4. 1958 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3265 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung aufgenommen.

8. Das Teilstück der bisherigen Landstraße I. Ordnung Nr. 3265 von km 18,903 bis km 19,316 = 413 m ist für den Verkehr entbehrlich geworden und wird nach Ablauf des 31. 3. 1958 eingezogen und im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung gelöscht.

9. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 40 von km 19,787 (= km 22,484 der B 40) bis km 19,911 (alt) (= km 19,918 neu) = 124 m ist für den Verkehr entbehrlich geworden. Die Einziehung gem. § 2 Absatz 5 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. 8. 1953 (BGBl. I S. 903) ist in die Wege geleitet.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 18. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
W III d — Az.: 63a — 30

St.Anz. 41/1958 S. 1220

1015

Widmung der zweiten Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 40 in Hochheim a. M., Main-Taunuskreis

In der Ortslage Hochheim a. M., Regierungsbezirk Wiesbaden, erhält der bei km 28,414 von der Bundesstraße 40 abzweigende und bei km 29,000 einmündende Straßenzug, bestehend aus der Garten-, Burgeff- und Wiesbadener Straße die Eigenschaft einer Bundesstraße und ist als zweite Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 40 in das Verzeichnis der Bundesstraßen einzutragen. Die gewidmete zweite Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 40 in Hochheim a. M. beginnt bei km 0,000 (= km 28,414) und endet bei km 0,723 (= km 29,000) der Bundesstraße 40. (§ 2 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. 8. 1953 — BGBl. I S. 903). Die Straßenbaulast für diese Strecke geht am 1. 4. 1959 in die Baulast des Bundes über.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 18. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
W III d — Az.: 63a 30

St.Anz. 41/1958 S. 1221

1016

Eintragung der Landstraße I. Ordnung Nr. 302 Werleshausen-Neuseesen in das Straßenverzeichnis

Die infolge der im Jahre 1945 von den Besatzungsmächten vorgenommenen Gebietsänderungen aus dem Regierungsbezirk Erfurt übernommene Strecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 302 Werleshausen — Neuseesen — Zonengrenze ist in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen (§ 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1957 — RGBl. I S. 1237).

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 19. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

W III d — Az.: 63a 30

St.Anz. 41/1958 S. 1221

1017

Widmung der neugebauten Teilstrecke der Bundesstraße 3 und Entwidmung der bisherigen Teilstrecke

Die neugebaute Teilstrecke der Bundesstraße 3 bei Werkel, Kreis Fritzlar-Homberg, Regierungsbezirk Kassel, erhält mit Wirkung vom 1. 4. 1958 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. 8. 1953) und wird Bestandteil der Bundesstraße 3. Die gewidmete Strecke beginnt bei km 24,513 und endet bei km 24,730 (Minderlänge 8 m).

Das Teilstück der bisherigen Bundesstraße 3 von km 24,513 bis km 24,730 = 217 m verliert mit Wirkung vom 31. 3. 1958 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird auf Grund des Übernahmevertrages vom 18. 2. 1958 der Gemeinde Werkel als Gemeindeweg überlassen.

Die Baulast geht mit dem 1. 4. 1958 auf die Gemeinde Werkel über.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 23. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

W III d — Az.: 63a 30

St.Anz. 41/1958 S. 1221

1018

Widmung der Anschlußstelle Butzbach (Westseite) an der Bundesautobahn Berlin — Baden-Baden

Der neugebaute in der Gemarkung Griedel, Kreis Friedberg/Hessen, gelegene westliche Teil der Anschlußstelle Butzbach der Bundesautobahn Berlin — Baden-Baden bei km 453,3 erhält mit Wirkung vom 1. 5. 1958 die Eigenschaft einer Bundesautobahn (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. August 1953 — Bundesgesetzblatt I S. 903 —) und wird Bestandteil der Bundesautobahnstrecke Berlin — Baden-Baden.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 23. 9. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

W III d — Az.: 63a 30

St.Anz. 41/1958 S. 1221

1019

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

In den Monaten Juli und August 1958 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 101/42 — Manteltarifvertrag vom 18. April 1958
2. Nr. 101/43 — Tarifvertrag vom 18. April 1958 zur Ergänzung des vorstehend genannten Manteltarifvertrages.
3. Nr. 101/44 — Gehaltstarifvertrag Nr. 1 vom 18. April 1958. Zu 1—3) betr. Milchkontrollangestellte in Hessen-Nassau. Zu 1—3) Tarifvertragsparteien: Milchkontrollverband Hessen-Nassau e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.

4. **Nr. 201/50** — 8. Tarifvertrag vom 4. 7. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für die Lohnempfänger der Staatsforstverwaltung des Landes Hessen vom 24. 1. 1953 — HSFT — (Hessischer Staatsforstarbeiterarif).
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
5. **Nr. 201/51** — 2. Tarifvertrag vom 4. 7. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Waldarbeiter der Länder vom 30. 9. 1955.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.
6. **Nr. 201/52** — Tarifvertrag Nr. 92 vom 10. Juli 1958 über eine Arbeitszeitverkürzung für die Gemeindeforstarbeiter:
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Sondergruppe Forstwirtschaft, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
7. **Nr. 305/56** — Rahmentarifvertrag vom 2. 7. 1958.
8. **Nr. 305/57** — Tarifvertrag vom 2. 7. 1958 über eine Verkürzung der Arbeitszeit.
9. **Nr. 305/58** — Lohntarifvertrag vom 2. 7. 1958.
Zu 7—9) betr. Arbeiter in der Dachschiefergrube Mayer's Hoffnung, Nauroth.
Zu 7—9) Tarifvertragsparteien:
Mittelrheinische Schieferbaugewerkschaft Nauroth, und Industriegewerkschaft Bergbau, Hauptverwaltung, Bochum.
10. **Nr. 305/59** — Lohntarifvertrag vom 2. Juli 1958 für die Arbeiter im Schieferbergbau im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V., Kassel, und Industriegewerkschaft Bergbau.
11. **Nr. 409/46** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 7. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten, Meister sowie Lehrlinge und Anlernlinge der hessischen Glasindustrie.
12. **Nr. 409/47** — Lohntarifvertrag vom 1. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Lehrlinge der Betriebe im Lande Hessen, die Hohlglas erzeugen, einschließlich Hüttenveredelung und -verarbeitung.
Zu 46 u. 47) Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V. — Landesgeschäftsstelle Hessen — Frankfurt/Main und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.
13. **Nr. 409/48** — Lohntarifvertrag vom 26. Juni 1958 für die in den Betrieben, die Hohlglas- und Beleuchtungsglas aller Art veredeln, einschließlich Kristall-Lustererzeugung beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer sowie Lehrlinge und Anlernlinge.
Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V., München und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik — Hauptvorstand — Hannover.
14. **Nr. 409f/27** — Lohntarifvertrag vom 7. 7. 1958 für die Herstellerfirmen von Lusterbehängartikeln.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Gablonzer Industrie e. V., Bonn, sowie Verein der Glasindustrie e. V., München 22, Königinstraße 20 und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand Hannover.
15. **Nr. 700/122** — Angestellten-Manteltarif vom 30. 11. 1957.
Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk G. m. b. H., Wolfsburg und Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften.
16. **Nr. 1100/71** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1958 für die Arbeitnehmer der Lack- und Farbenindustrie in Fulda und Umgebung.
17. **Nr. 1103 I/15** — Lohntarifvertrag vom 18. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Wachindustrie Fulda.
18. **Nr. 1103 I/16** — Gehaltstarifvertrag vom 13. 7. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister in der Wachindustrie Fulda.
- Zu 16—18) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V. und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Bezirksleitung Hessen.
19. **Nr. 1100/72** — Lohntarifvertrag vom 10. 7. 1958.
20. **Nr. 1100/73** — Gehaltstarifvertrag vom 24. 7. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
21. **Nr. 1100/74** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für die gewerblichen, kaufmännischen und technischen Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 19—21) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Bezirksleitung Hessen.
22. **Nr. 1100/75** — Gehaltstarifvertrag vom 24. 7. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
23. **Nr. 1100/76** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 22 und 23) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
24. **Nr. 1100/77** — Gehaltstarifvertrag vom 24. 7. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
25. **Nr. 1100/78** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 24 und 25) abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Gau Rhein-Main.
Zu 19—25) betr. Arbeitnehmer in der chemischen Industrie im Lande Hessen.
Zu 19—25) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
26. **Nr. 1102 I/20** — Manteltarifvertrag vom 22. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der kunststoffverarbeitenden Industrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Fachabteilung Kunststoffverarbeitende Industrie, Wiesbaden, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.
27. **Nr. 1200/77** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 12. 6. 1958 für die Arbeitnehmer der Bettfedernindustrie im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bettfedernindustrie e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
28. **Nr. 1300/37** — Manteltarifvertrag vom 1. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Papiererzeugungsindustrie in der Bundesrepublik nebst Protokollnotizen vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Deutschen Papierindustrie e. V., Wiesbaden, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand Hannover.
29. **Nr. 1300/38** — Gehaltstarifvertrag vom 9. 7. 1958 für die in den Betrieben der Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzstofferzeugung im Lande Hessen beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
30. **Nr. 1300/39** — Tarifvertrag vom 9. 7. 1958 über die Vergütungen für die gewerblichen kaufmännischen und technischen Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 29 und 30) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für das Land Hessen e. V. u. Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
31. **Nr. 1303/44** — Lohntarifvertrag vom 7. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband Papier und Pappe verarbeitende Industrie Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Gau Hessen, Frankfurt/Main.

32. **Nr. 1400/73** — Lohntarifvertrag vom 9. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer und die gewerblichen Lehrlinge des graphischen Gewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Graphischen Verbände des Deutschen Bundesgebietes e. V. und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Zentralvorstand.
33. **Nr. 1400/74** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 8. 1958 für kaufmännische und technische Angestellte sowie Lehrlinge des graphischen Gewerbes im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Graphischen Betriebe in Hessen e. V. und Industriegewerkschaft Druck und Papier Gau Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Landesverband Hessen.
34. **Nr. 1501/15** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 5. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der ledererzeugenden Industrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der hessischen ledererzeugenden Industrie e. V., Frankfurt/Main-Höchst, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart, und Bezirksleitung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
35. **Nr. 1502/19** — Gehaltstarifvertrag vom 17. 4. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Lederwarenindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnung der Feintäschner und Feinsattler für Hessen sowie Vereinigung der Lederwarenhersteller Hessen e. V. und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand und Bezirksleitung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
36. **Nr. 1700/52** — Lohntarifvertrag vom 13. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Holzverarbeitenden Industrie, der Sperrholzindustrie, der Kistenindustrie und der Sägeindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband Holzverarbeitende Industrie Hessen sowie Arbeitgeberverband der Sägeindustrie Hessen und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
37. **Nr. 1700/53** — Gehaltstarifvertrag vom 11. 6. 1958 für die Angestellten der Holzverarbeitenden Industrie, Sperrholzindustrie, Sägeindustrie und des Holzverarbeitenden Handwerks.
Tarifvertragsparteien:
Verband Holzverarbeitende Industrie Hessen, Arbeitgeberverband des Holzverarbeitenden Handwerks Hessen sowie Arbeitgeberverband der Sägeindustrie und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
38. **Nr. 1700/54** — Lohntarifvertrag vom 25. 6. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Lehrlinge der Knopfindustrie.
39. **Nr. 1700/55** — Tarifvertrag vom 26. 6. 1958 zur Ergänzung des vorstehenden Tarifvertrages.
Zu 38 und 39) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Knopfindustrie und Gewerkschaft Holz.
40. **Nr. 1905d/37** — Gehaltstarifvertrag vom 28. 3. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Fleischwarenindustrie im Lande Hessen.
41. **Nr. 1909a/29** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 6. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie im Lande Hessen.
42. **Nr. 1913b/15** — Gehaltstarifvertrag vom 9. 5. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Sektkellereien im Lande Hessen.
Zu 40—42) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß, Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
43. **Nr. 1901/50** — Manteltarifvertrag vom 16. 4. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Mühlenbetriebe in Hessen.
44. **Nr. 1909a/27** — Lohntarifvertrag vom 22. 4. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie in Hessen.
45. **Nr. 1909a/28** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 6. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie in Hessen.
Zu 43—45) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen / Rheinland-Pfalz / Saar, Frankfurt/Main.
46. **Nr. 1903/48** Lohntarifvertrag vom 18. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Aktien-Zuckerfabrik Wabern.
47. **Nr. 1903/49** — Gehaltstarifvertrag vom 18. 5. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten.
Zu 46 und 47) Tarifvertragsparteien:
Aktien-Zuckerfabrik Wabern und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen / Rheinland-Pfalz / Saar.
48. **Nr. 1912/30** — Manteltarifvertrag vom 16. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Kronenbrauerei Heinrich Haubach GmbH., Dillenburg Oranienbrauerei GmbH., Dillenburg, Herborner Bärenbräu, Adolf Schram K. G., Herborn, L. Balbach K. G., Biedenkopf, Th. Thome, Wolzhausen, Krs. Biedenkopf.
Tarifvertragsparteien:
Siegener Brauereiverband e. V., Siegen und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen / Rheinland-Pfalz / Saar, Frankfurt/Main.
49. **Nr. 1914b/28** — Manteltarifvertrag vom 17. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter.
50. **Nr. 1914b/29** — Lohntarifvertrag vom 17. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter.
51. **Nr. 1914b/30** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag für Werkmeister vom 17. 5. 1958.
Zu 49—51) betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Werkmeister in der Zigarrenherstellung im Bundesgebiet.
Zu 49—51) Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Zigarrenhersteller e. V. (B. d. Z.), Heidelberg und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hamburg.
52. **Nr. 2000/138** — Lohntarifvertrag vom 3. 6. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Heimarbeiter in der Schirmindustrie im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Deutschen Schirmindustrie e. V., Frankfurt/Main und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
53. **Nr. 2003/24** — Manteltarifvertrag vom 8. 5. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer und die in Heimarbeit Beschäftigten des Putzmacherhandwerks.
54. **Nr. 2003/25** — Lohntarifvertrag vom 8. 5. 1958.
Zu 53 und 54) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft des Bekleidungshandwerks im Bundesgebiet e. V., München, und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
55. **Nr. 2007a/22** — Manteltarifvertrag vom 1. 4. 1958 für die Schuhindustrie im Bundesgebiet.
56. **Nr. 2007a/23** — Lohntarifvertrag vom 1. April 1958.
Zu 55 und 56) Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
57. **Nr. 2100/213** — Tarifvertrag vom 30. 4. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für das wärme-, kälte- und schallschutztechnische Gewerbe vom 6. 7. 1956 in der Fassung vom 18. 2. 1957.
58. **Nr. 2100/214** — Tarifvertrag vom 5. 5. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für das feuerungstechnische Gewerbe vom 6. 7. 1956 in der Fassung vom 18. 2. 1957.
59. **Nr. 2100/215** — Tarifvertrag vom 10. 5. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für das Brunnenbau- und Bohrgerwerbe vom 6. 7. 1956 in der Fassung vom 18. 2. 1957.
60. **Nr. 2100/216** — Tarifvertrag vom 28. 5. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für das Steinholzleger- und Terrazzo- legergewerbe vom 6. 7. 1956 in der Fassung vom 18. 2. 1957.
61. **Nr. 2100/217** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 über die Neuregelung der Poliergehälter im feuerungstechnischen Gewerbe im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland außer Bayern und dem Saarland.

62. **Nr. 2100/219** — Tarifvertrag vom 28. 7. 1958 über die Weitergeltung des Rahmentarifvertrages für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 20. 12. 1952 in der Fassung vom 17. 4. 1957.
63. **Nr. 2100/218** — Tarifvertrag vom 28. 7. 1958 über die Weitergeltung des Rahmentarifvertrages für die Poliere und Schachtmeister des Baugewerbes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 20. 12. 1952 in der Fassung vom 26. 4. 1957.
Zu 57—63) Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.
64. **Nr. 2102b/23** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958 (betr. Löhne des Kreises Erbach) zur Ergänzung des Lohntarifvertrages für das Malerhandwerk in Hessen vom 30. 5. 1958.
65. **Nr. 2102b/24** — Tarifvertrag vom 8. 7. 1958 (betr. Löhne für den Stadt- und Landkreis Marburg) zur Ergänzung des Lohntarifvertrages für das Malerhandwerk im Lande Hessen vom 30. 5. 1958.
Zu 64 und 65) Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Malerhandwerks für Hessen, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
66. **Nr. 2102b/25** — Lohntarifvertrag vom 23. 6. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer im Firmenschilder- und Lichtreklamehersteller-Handwerk im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Schilder- und Lichtreklame-Hersteller-Innung Frankfurt/Main, und Land Hessen, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
67. **2102e/2** — Lohntarifvertrag vom 29. 5. 1958 für das Dachdeckerhandwerk im Bundesgebiet Deutschland mit Ausnahme von Bayern, Berlin und des Saarlandes.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Dachdeckerhandwerks e. V., Hannover-Kleefeld, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main.
68. **Nr. 2203/39** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 17. 4. 1958 für die bei der Gruppe Hessen der Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V. beschäftigten Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
69. **Nr. 2301/8** — Lohntarifvertrag vom 14. 7. 1958 für das Friseurhandwerk im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Friseurhandwerks und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
70. **Nr. 2400/52** — Manteltarifvertrag vom 17. 7. 1958 für die im auswärtigen Kundendienst der Brinkmann G. m. b. H., Cigaretten- und Tabakfabriken, Bremen, beschäftigten Angestellten und Lehrlinge.
71. **Nr. 2400/53** — Gehaltstarifvertrag vom 17. 7. 1958.
Zu 70 und 71) Tarifvertragsparteien:
Brinkmann G. m. b. H. Kunden-Dienst-Zentrale, Bremen, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
72. **Nr. 2400/54** — Manteltarifvertrag vom 9. 7. 1958.
73. **Nr. 2400/55** — Lohntarifvertrag vom 9. 7. 1958.
Zu 72 und 73) betr. die im auswärtigen Kundendienst der Brinkmann G. m. b. H., Cigaretten- und Tabakfabriken, Bremen, beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
BRINKMANN G. m. b. H. Kunden-Dienst-Zentrale und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
74. **Nr. 2400/56** — Lohntarifvertrag vom 10. 7. 1958 für die in den Auslieferungslagern der Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
75. **Nr. 2501b/53** — Tarifvertrag vom 25. 6. 1958 zur Ergänzung des GEG-Manteltarifvertrages vom 30. 1. 1957.
76. **Nr. 2501b/55** — Gehaltstarifvertrag vom 26. 6. 1958 für die technischen Angestellten und Meister in den Betrieben der GEG.
Zu 75 und 76) Tarifvertragsparteien:
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumentenvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hamburg, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hamburg, Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand Hannover, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hamburg.
77. **Nr. 2501b/54** — Tarifvertrag vom 23. 6. 1958 zur Ergänzung des GEG-Manteltarifvertrages vom 30. 1. 1957.
78. **2501b/56** — Lohntarifvertrag vom 16. 7. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der GEG-Zweigniederlassungen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 77 und 78) Tarifvertragsparteien:
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumentenvereine mit beschränkter Haftung und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung Hamburg sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
79. **Nr. 2601/43** — Tarifvertrag vom 7. 7. 1958 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die dpa-Angestellten vom 27. Februar 1956.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Presse-Agentur G. m. b. H., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg, Abt. Tarif- und Schlichtungswesen sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
80. **Nr. 2603g/18** — Gehaltstarifvertrag vom 10. 7. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband.
81. **Nr. 2603g/19** — Gehaltstarifvertrag vom 10. 7. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
Zu 80 und 81) betr. Angestellte des Reisebürogewerbes in der Bundesrepublik.
Zu 80 und 81) Tarifvertragsparteien:
Deutscher Reisebüro-Verband e. V. (DRV), Frankfurt/M. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
82. **Nr. 2701/73** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
83. **Nr. 2701/74** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
84. **Nr. 2701/75** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958, abgeschlossen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf.
85. **Nr. 2701/76** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten.
Zu 82—85) betr. Änderung des Tarifvertrages für das private Bankgewerbe vom 19. 12. 1956.
Zu 82—85) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
86. **Nr. 2701/77** — Tarifvertrag vom 14. 7. 1958, abgeschlossen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf.
87. **Nr. 2701/78** — Tarifvertrag vom 14. 7. 1958, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
88. **Nr. 2701/79** — Tarifvertrag vom 14. 7. 1958, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
Zu 86—88) betr. Änderung des Tarifvertrages für die gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und

- genossenschaftlichen Teilzahlungsbanken vom 3. 1. 1957.
Zu 86—88) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband gewerblicher Kreditgenossenschaften (Volksbanken) e. V., Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
89. **Nr. 2701/80** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1958 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage zur Änderung des Tarifvertrages für Teilzahlungsbanken vom 7. 1. 1957. Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken e. V., Düsseldorf, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesberufsgruppe Bank- und Sparkassenangestellte, Hamburg.
90. **Nr. 2701/81** — Tarifvertrag vom 16. 7. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer der Eisenbahn-Spar- und Darlehnskassen e. V. vom 29. 1. 1957.
91. **Nr. 2701/82** — Protokollarische Erklärung vom 30. 7. 1958 zu vorstehendem Tarifvertrag.
Zu 90 und 91) Tarifvertragsparteien:
Verband der Eisenbahn-Spar- und Darlehnskassen e. V., Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
92. **Nr. 2702a/87** — Tarifvertrag vom 10. 4. 1958 für die Arbeitnehmer der Volks-Feuerbestattung V. V. a. G. nebst Erklärung vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Volks-Feuerbestattung V. V. a. G. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
93. **Nr. 2702a/88** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages für das Versicherungsvermittlergewerbe vom 1. 9. 1952.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband der Versicherungs-Generalagenten und -Vertreter e. V., Verband der Versicherungs-Kaufleute, Land Schleswig-Holstein e. V., sowie Verband der bevollmächtigten Generalagenten und Assekuradeure e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
94. **Nr. 2702c-1/109** — Tarifvertrag über die Eingruppierung technischer Assistenten der Ortskrankenkassen, gültig ab 1. 8. 1957.
95. **Nr. 2702c-1/110** — Tarifvertrag vom 19. 6. 1958 über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Tarifangestellten der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände.
Zu 94 und 95) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.
96. **Nr. 2702c-2/55** — Tarifvertrag vom 3. 7. 1958 zur Regelung des Erholungsurlaubs der Angestellten der Innungskrankenkassen und ihrer Verbände im Urlaubsjahr 1958. Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen, Köln, und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V., Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.
97. **Nr. 2702c-6a/180** — Tarifvertrag Nr. 47 vom 4. 8. 1958 über die Neuregelung der Löhne.
98. **Nr. 2702c-6a/181** — Tarifvertrag Nr. 49 vom 4. 8. 1958 über eine Arbeitszeitverkürzung für die Lohnempfänger.
99. **Nr. 2702c-6a/182** — Tarifvertrag Nr. 48 vom 12. 8. 1958. Zu 97—99) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.
100. **Nr. 2702c-6a/183** — Tarifvertrag Nr. 48 vom 12. 8. 1958, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.
101. **Nr. 2702c-6a/184** — Tarifvertrag Nr. 48 vom 12. 8. 1958, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V.
102. **Nr. 2702c-6a/185** — Tarifvertrag Nr. 48 vom 12. 8. 1958, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband.
103. **Nr. 2702c-6a/186** — Tarifvertrag Nr. 48 vom 12. 8. 1958, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
- Zu 99—103) betr. Arbeitszeitverkürzung für die Tarifangestellten.
Zu 97—103) Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
104. **Nr. 2702c-5/50** — Tarifvertrag vom 29. 5. 1958 für Angestellte, die bei der Hessischen Knappschaft für Aufgaben von begrenzter Dauer eingestellt sind.
Tarifvertragsparteien:
Hessische Knappschaft, Weilburg/Lahn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.
105. **Nr. 2702c-5/51** — Tarifvertrag vom 10. 1. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen für die Lehrlinge der Knappschaften.
106. **Nr. 2702c-5/52** — Tarifvertrag vom 18. 4. 1958 über eine Verkürzung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal der Knappschaften.
Zu 105—106) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
107. **Nr. 2702c-6/73** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über den Erholungsurlaub der Lohnempfänger.
108. **Nr. 2702c-6/76** — Tarifvertrag vom 2. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Lohnempfänger.
Zu 107 und 108), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —.
109. **Nr. 2702c-6/74** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über den Erholungsurlaub der Angestellten.
110. **Nr. 2702c-6/75** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über den Erholungsurlaub der Lehrlinge.
111. **Nr. 2702c-6/77** — Tarifvertrag vom 2. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Angestellten.
112. **Nr. 2702c-6/78** — Tarifvertrag vom 2. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Lehrlinge.
Zu 109—112), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.
Zu 107—112) betr. Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe.
Zu 107—112) Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
113. **Nr. 2702c-15/113** — Tarifvertrag vom 13. 5. 1958 über die Gewährung einer einmaligen Zahlung an die Arbeitnehmer der Hamburg-Münchener Ersatzkasse nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Hamburg-Münchener Ersatzkasse — Hauptverwaltung — Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart.
114. **Nr. 2702c-14/31** — Tarifvertrag vom 22. 7. 1958 über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an die Mitarbeiter der Gärtner-Krankenkasse, Hamburg.
Tarifvertragsparteien:
Gärtner-Krankenkasse, Hamburg, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
115. **Nr. 2702c-22/33** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1958 über eine einmalige Zahlung an alle Mitarbeiter der Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse.
Tarifvertragsparteien:
Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse, Schwäbisch-Gmünd, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
116. **Nr. 2702 1/7** — Manteltarifvertrag vom 2. 5. 1958 für die Betriebsangehörigen der Spielbank Wiesbaden.
117. **Nr. 2702 1/8** — Gehaltstarifvertrag und Troncvereinbarung vom 2. 5. 1958.
Zu 116 und 117) Tarifvertragsparteien:
Spielbank Wiesbaden Neuland K. G. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
118. **Nr. 2802/71** — Lohntarifvertrag vom 10. 7. 1958 für das nach der TO-Schlepp entlohnte Personal des Bundes-schleppbetriebes.

- Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister für Verkehr und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Nordrhein-Westfalen 2.
119. **Nr. 2804/104** — Tarifvertrag Nr. 17 vom 16. 7. 1958 über die Neuregelung des Erholungsurlaubs im Urlaubsjahr 1958 für die Angestellten der Betriebe der Bundesdruckerei.
Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und Deutsche Postgewerkschaft — Hauptvorstand — sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier — Zentralvorstand —.
120. **Nr. 2804/105** — Tarifvertrag Nr. 121 vom 25. 7. 1958 über die Erhöhung der Angestelltenvergütungen.
121. **Nr. 2804/106** — Tarifvertrag Nr. 122 vom 25. 7. 1958 über die Erhöhung der Überstundenvergütung für Angestellte. Zu 120 und 121) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und Deutsche Postgewerkschaft — Hauptvorstand —.
122. **Nr. 2805/152** — Tarifvertrag Nr. III/58 vom 30. 7. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen für die Tarifangestellten.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbahn, Frankfurt/Main und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/Main.
123. **Nr. 2900/37** — Tarifvertrag vom 9. 4. 1958 für das Hotel- und Gaststättengewerbe im Lande Hessen.
124. **Nr. 2900/39** — Tarifvertrag vom 9. 4. 1958 zur Änderung des vorstehend genannten Tarifvertrages.
125. **Nr. 2900/38** — Vereinbarung vom 9. 4. 1958 über die Beihilfen an Lehrlinge.
Zu 123—125) Tarifvertragsparteien:
Landesverband Hessen der Hotels, Gaststätten und verwandten Betriebe e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar.
126. **Nr. 3001/440 — 3001a/231** — Tarifvertrag vom 25. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Angestellten.
127. **Nr. 3001/441 — 3001a/232** — Tarifvertrag vom 25. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiter.
128. **Nr. 3001/442 — 3001a/233** — Tarifvertrag vom 25. 7. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 126—128), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.
129. **Nr. 3001/443 — 3001a/234** — Tarifvertrag vom 4. 8. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Angestellten.
130. **Nr. 3001/444 — 3001a/235** — Tarifvertrag vom 4. 8. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiter.
Zu 129 und 130), abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes, Köln.
Zu 126—130) betr. Bedienstete des Bundes und der Länder.
Zu 126—130) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
131. **Nr. 3001/445 — 3001a/236** — Tarifvertrag vom 23. 7. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen für die Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden.
Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
132. **Nr. 3001/446 — 3001a/238** — Tarifvertrag vom 23. 7. 1958 über die Gewährung von Kinderzuschlägen an Arbeiter des Bundes und der Länder.
Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
133. **Nr. 3001a/237** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über die Regelung des Erholungsurlaubs für die Angestellten des Bundes im Urlaubsjahr 1958.
- Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
134. **Nr. 3001/432** — Tarifvertrag vom 21. 5. 1958, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
135. **Nr. 3001/433** — Tarifvertrag vom 21. 5. 1958, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund —.
Zu 134 und 135) betr. Erholungsurlaub für Tarifangestellte der Länder im Urlaubsjahr 1958.
136. **Nr. 3001/434** — Tarifvertrag vom 21. 5. 1958 über den Erholungsurlaub 1958 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen beschäftigten Arbeiter der Länder, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter.
137. **Nr. 3001/435** — Tarifvertrag vom 21. 5. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Tarifangestellten der Länder vom 1. 11. 1955, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten.
138. **Nr. 3001/436** — Tarifvertrag vom 21. 5. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Tarifangestellten der Länder vom 4. 4. 1957, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
139. **Nr. 3001/431** — Tarifvertrag vom 10. 7. 1958 über die Verkürzung der Arbeitszeit für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen beschäftigten Arbeiter der Länder, abgeschlossen mit dem Verband deutscher Straßenwärter.
140. **Nr. 3001/447** — Tarifvertrag vom 23. 7. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge der Länder, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 134—140) Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
141. **Nr. 3001/437** — Tarifvertrag über die Neuregelung der Entgelte für die Handwerkerlehrlinge vom 9. 4. 1958.
142. **Nr. 3001/449** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die Weihnachtzuwendungen für die Arbeiter vom 10. 9. 1954 in der Fassung vom 15. 10. 1955 und 8. 11. 1956.
Zu 141 u. 142) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —.
143. **Nr. 3001/448** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die Weihnachtzuwendungen für die Angestellten vom 10. 9. 1954 in der Fassung vom 15. 10. 1955 und 8. 11. 1956, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —.
144. **Nr. 3001/450** — Tarifvertrag vom 7. 7. 1958 über die Neuregelung der Entgelte für die Handwerkerlehrlinge, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.
Zu 143 u. 144) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
145. **Nr. 3001/439** — Tarifvertrag Nr. 99 vom 24. 7. 1958 über eine Erhöhung der Pauschalvergütungen.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
146. **Nr. 3001/438** — Tarifvertrag vom 14. 6. 1958 über die Arbeitszeitverkürzung für die Angestellten des Bundes und der Länder.
Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung — Hannover.
147. **Nr. 3001a/228** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über die Urlaubsregelung für die Angestellten des Bundes im Urlaubsjahr 1958.

148. **Nr. 3001a/230** — Tarifvertrag vom 21. 6. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vom 31. 7. 1955/4. 2. 1957 in der Fassung des Tarifvertrages vom 25. 4. 1957. Zu 147 u. 148) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand — Hamburg.
149. **Nr. 3001a/229** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 über die Urlaubsregelung für die Lohnempfänger des Bundes im Urlaubsjahr 1958, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart.
Zu 147—149) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern sowie der Bundesminister der Finanzen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
150. **Nr. 3001a-1/65** — Tarifvertrag Nr. 1/58 vom 27. 6. 1958 über die Neuregelung der Arbeiterlöhne, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart.
151. **Nr. 3001a-1/66** — Tarifvertrag Nr. 2/58 vom 1. 8. 1958 über die Versorgung der nach den §§ 225 ff. AVAVG in den Dienst der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernommenen Angestellten.

152. **Nr. 3001a-1/67** — Tarifvertrag Nr. 3/58 vom 1. 8. 1958 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen. Zu 151 u. 152) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Stuttgart und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand — Hamburg.
Zu 150—152) Tarifvertragsparteien:
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
153. **Nr. 3003/21** — Tarifvertrag vom 22. 5. 1958 für die Arbeitnehmer der Johanna-Kirchner-Stiftung (Alters- und Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt/Main e. V.).
Tarifvertragsparteien:
„Johanna-Kirchner-Stiftung“ e. V. (Alters- und Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt/Main) und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 16. 9. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
A I b 2607

St.Anz. 41/1958 S. 1221

1020

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Massenheim, Krs. Friedberg

Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 93 (2) und § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Massenheim, Krs. Friedberg wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Massenheim, Krs. Friedberg mit den in der Anlage aufgeführten Flurstücken festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 246,2029 ha. Der ausgeschlossene Teil der Gemarkung ist durch einen orange Streifen gekennzeichnet. Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Massenheim, Krs. Friedberg“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Friedberg, Burg 13, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsgebiet gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beeresträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Massenheim, Krs. Friedberg und Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung, der Anlage und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt Massenheim, Krs. Friedberg und Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Friedberg, 21. 8. 1958

Kulturamt Friedberg
DF 247 Z

St.Anz. 41/1958 S. 1227

Anlage zum Zusammenlegungsbeschluss des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Massenheim vom 21. August 1958

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziffer 2), hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschleunigten Zusammenlegung Massenheim, Kreis Friedberg

Flur	Nummer der Flurstücke	Fläche ha
1	319—378; 704/1—748; 775; 779; 780; 792—798; 803 u. 804	22,9768
2	1—142	52,6804
3	1—79; 249—294; 310—330; 333—339; 344—351; 353—355	33,7684
4	1—119	38,8811
5	1—76	36,3631
6	1—184/2; 186—213	61,5331
Verfahrensfläche:		246,2029
ausgeschlossene Fläche:		78,7643
Gemarkungsfläche von Massenheim:		324,9672

1021 DARMSTADT**Viehseuchenanordnung zur Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder**

Meine Viehseuchenanordnung zur Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder vom 19. 8. 1957 (St.Anz. S. 917) in der Fassung der Änderung vom 24. 3. 1958 (St.Anz. S. 451) wird wie folgt geändert:

§ 1

In § 1 ist hinzuzufügen:

Ziff. 14: Landkreis Friedberg.

§ 2

Vorstehende Änderung tritt einen Monat nach ihrer Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 10. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I/6 — 19 b 26/23

St.Anz. 41/1958 S. 1228

1022**Verlust von Flüchtlingsausweisen**

Folgende Ausweise sind in Verlust geraten und werden für ungültig erklärt:

A 6111/3991 Elisabeth Kreitschmann, Wohnort Darmstadt, Speßartring 15; A 6111/1575 Gernot Kütke, Wohnort Darmstadt, Saalbaustraße 62, früher: Gießen, Rabenweg 36; A 6113/2828 Frithjof Stabenow, Wohnort Offenbach am Main, jetzt: Koblenz-Metternich 3 Kp. s. Pi. Btl. 717; A 6113/2326 Paul Leopold, Wohnort Offenbach am Main, Emmastraße 19; C 6113/4260 Lothar Nittnaus, Wohnort Mainz, Römerwall 45, früher: Offenbach am Main, Frankfurter Straße 141; A 6112/7445 Natalie Günther, Wohnort Gießen-Wieseck, Kirchstr. 33; A 6112/2629 Irmtraud Heil, Wohnort Gießen, Schottstraße 52; A 6112/3167 Bruno Jesse, Wohnort Gießen, Liebigstraße 83; A 6112/2811 Kurt Manke, Wohnort Gießen, Plockstraße 12; A 6112/2614 Elfriede Reinhardt, Wohnort Gießen, Grünberger Straße 4; A 6112/6348 Renate Rex, Wohnort Gießen, Marburger Straße 25; A 6112/7446 Natalia Schattschneider, Wohnort Gießen-Wieseck, Kirchstraße 33; A 6112/4975 Siegfried Schmidt, Wohnort Gießen, Anneröder Weg 28; A 6112/2765 Franz Wittig, Wohnort Gießen, Ludwigstraße 60; A 6112/3903 Wilhelm Zach, Wohnort Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 9; A 6138/0939 Gerda Diehl, Wohnort Holzheim/Kreis Gießen, Kirchgasse 12; A 6138/138 Heinrich Dörder, Wohnort Watzenborn-Steinberg/Kreis Gießen, Wilhelmstraße 12; A 6138/13413 Dr. Gustav von Platen, Wohnort Friedelhausen/Kreis Gießen; A 6138/8610 Josef Rudolf, Wohnort Harbach/Kreis Gießen; A 6132/16569 Franz Thomas, Wohnort Groß-Rohrheim/Kreis Bergstraße, Fallorhausstraße 14 1/10; A 6137/10284 Ida Lieber, Wohnort Bad Nauheim/Kreis Friedberg, Burgstraße 6; A 6137/9276 Horst Köckritz, Wohnort Groß-Karben/Kreis Friedberg, Östl. Ringstraße 22; A 6137/103 Philipp Feuerbach, Wohnort Ober-Wöllstadt/Kreis Friedberg, Frankfurter Straße 41; A 6134/02052 Johanna Bohn, Wohnort Seeheim/Kreis Darmstadt, Alte Bergstraße 11; A 6134/00869 Ferdinand Liehm, Wohnort Pfungstadt/Kreis Darmstadt, Mühlbergstraße 21; A 6136/3338 Ilse Erdmann, Wohnort Unter-Mossau/Kreis Erbach; A 6136/3667 Erna Schatanek, Wohnort Lauerbach/Kreis Erbach, Ortsstraße 32.

Darmstadt, 18. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I/8 a — 58e

St.Anz. 41/1958 S. 1228

1023 WIESBADEN**Ungültigkeitserklärung eines Vertriebenenausweises**

Der Vertriebenenausweis A Nr. 6336/16544 — ausgestellt vom Kreisausschuß des Main-Taunus-Kreises — Flüchtlingsdienst — und die zusätzliche Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling gem. § 3 BVFG — zuerkannt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden — Flüchtlingsdienst — der Anna Freitag, geb. Schulte, geb am 5. 1. 1908, wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 18. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I4 — 58f 02/03/F1. A/F 37685

St.Anz. 41/1958 S. 1228

Regierungspräsidenten**1024****Genehmigung der Übertragung des Versicherungsbestandes der Brandversicherungsgesellschaft Langenselbold auf den Raiffeisendienst, Allgemeine Versicherungsgesellschaft Wiesbaden**

Auf Grund der §§ 14 und 43 Abs. 2 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269) und 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) erteile ich der

Brandversicherungsgesellschaft zu Langenselbold, VVaG.,
Langenselbold, Krs. Hanau/M.,

zu dem am 8. August 1958 abgeschlossenen Vertrag und zu der in der Mitgliederversammlung vom 8. August 1958 beschlossenen Genehmigung dieses Vertrages betreffend die Übertragung des Versicherungsbestandes auf den Raiffeisendienst, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Wiesbaden, die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 11. 9. 1958

Der Regierungspräsident

I 11 Az. 39 e Tgb. Nr. 945/58

St.Anz. 41/1958 S. 1228

1025**Verordnung über die Freigabe von Sonntagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 3. Oktober 1958.**

Für die Stadt Herborm/Dillkreis, Gemeinde Wehrheim/Kreis Usingen und Gemeinde Neuses/Kreis Gelnhausen.

Gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875) in Verbindung mit § 1 Ziffer 3 der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Folgende Sonntage werden für das Offenhalten von Verkaufsstellen freigegeben:

1. für die Stadt Herborm/Dillkreis anläßlich des „Martini-marktes“:
Sonntag, 9. 11. 1958, Öffnungszeit von 13—18 Uhr;
2. für die Gemeinde Wehrheim/Kreis Usingen anläßlich des „Kirchweihfestes“:
Sonntag, 19. 10. 1958, Öffnungszeit von 13—18 Uhr nur für Lebensmittelgeschäfte, Metzgereien und Bäckereien;
3. für die Gemeinde Neuses/Kreis Gelnhausen anläßlich des „Patronatsfestes“:
Sonntag, 19. 10. 1958, Öffnungszeit von 15—18 Uhr.

§ 2

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden nach §§ 24—26 des Ladenschlußgesetzes gehandelt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, 3. 10. 1958

Der Regierungspräsident

III 1 a — Az.: 73 a 04/05/4 Tgb. Nr. 19/58

St.Anz. 41/1958 S. 1228

1026**Satzung des Schulverbandes Auroff**

Die Gemeindevertretungen in Oberauroff und Niederauroff/Untertaunuskreis haben am 20. 8. 1958 gemäß § 3 des Hessischen Schulkostengesetzes vom 10. 7. 1953 in der Fassung vom 15. 7. 1958 (GVBl. S. 76) nachfolgende Satzung des Schulverbandes Auroff beschlossen.

Gemäß § 3 des Schulkostengesetzes wird diese Satzung hiermit genehmigt.

Wiesbaden, 2. 9. 1958

Der Regierungspräsident

II 1 — 1s — 40 c — 04

St.Anz. 41/1958 S. 1228

Satzung des Schulverbandes Auroff

§ 1

(1) Die Gemeinden Oberauroff und Niederauroff (Verbandsmitglieder) bilden gemäß §§ 2 und 3 des Schulkostengesetzes vom 10. Juli 1953 einen Schulverband.

(2) Der Schulverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Schulverband ist Träger der Volksschule in Oberauroff. Er trägt die Bezeichnung Schulverband Auroff. Sein Sitz ist Oberauroff.

(4) Soweit sich nicht aus dieser Satzung etwas anderes ergibt, findet die Hessische Gemeindeordnung und die dazu ergangenen und ergehenden Ausführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung, mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Gemeindevertretung die Verbandsvertretung und an die Stelle des Gemeindevorstandes der Verbandsvorsteher tritt.

§ 2

(1) Zum Schulverbandsvermögen gehören die in der Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Grundstücke und Einrichtungen.

(2) Soweit die Grundstücke im Grundbuch noch als Eigentum einer Gemeinde eingetragen sind, ist die Umschreibung auf den Schulverband binnen Jahresfrist vorzunehmen.

§ 3

Organe des Schulverbandes sind:

1. die Verbandsvertretung,
2. der Verbandsvorsteher.

§ 4

Die Verbandsvertretung setzt sich zusammen aus den Gemeindevertretungen von Ober- und Niederauroff sowie den Bürgermeistern und deren verfassungsmäßigen berufenen Vertretern im Amt als Stellvertreter.

§ 5

Die Wahlperiode der zur Verbandsvertretung gehörenden Gemeindevertretungen richtet sich nach der Wahlperiode der Gemeindevertretungen. Die Verbandsvertretung hat sich innerhalb von drei Monaten nach Neuwahl der Gemeindevertretungen zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die bestehende Verbandsvertretung im Amt.

§ 6

Die Verbandsvertretung muß wenigstens einmal im Jahr zusammentreten. Versammlungsort ist der Klassenraum der Volksschule in Oberauroff. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muß mindestens ein Zeitraum von einer Woche, in dringenden Fällen von drei Tagen liegen. Die Ladung zur ersten Sitzung der Verbandsvertretung erfolgt durch den Bürgermeister der Gemeinde Oberauroff.

§ 7

Die Verbandsvertretung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über folgende:

1. Änderung der Verbandssatzung,
2. den Erlaß der Haushaltssatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes,
3. die Festsetzung der Verbandsumlage (§ 13),
4. die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Erteilung der Entlastung an den Verbandsvorsteher,
5. die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung oder Schließung (§ 4 Abs. 1 des Schulkostengesetzes) sowie die Verlegung der Schule,
6. die zweckentfremdende Verwendung von Lehrerdienstwohnungen (§ 6 Abs. 1 des Schulkostengesetzes),
7. die Veräußerung oder Belastung von Grundvermögen des Schulverbandes, das Schulzwecken gewidmet ist (§ 27 des Schulkostengesetzes),
8. die Aufnahme neuer Mitglieder,
9. die sonstigen in dieser Satzung der Verbandsvertretung zugewiesenen Aufgaben.

§ 8

(1) In vierjährigem Turnus wechseln die Bürgermeister der Gemeinden Oberauroff und Niederauroff im Amte des Verbandsvorstehers und des stellvertretenden Verbandsvorstehers einander ab. Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung übernimmt der Bürgermeister der Gemeinde Niederauroff zunächst für die Dauer von vier Jahren das Amt des Verbandsvorstehers und der Bürgermeister der Gemeinde Oberauroff das Amt des stellvertretenden Verbandsvorstehers.

(2) Der Verbandsvorsteher kann mit Zustimmung der Verbandsvertretung einen Kassenverwalter und einen Schrift-

führer bestellen. Tritt der Fall ein, daß der Kassenverwalter des Verbandes gleichzeitig Kassenverwalter einer politischen Gemeinde ist, so muß die Geschäftsführung getrennt sein.

§ 9

(1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband nach außen.

(2) Erklärungen, durch die der Schulverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter unterzeichnet und mit dem Siegel des Schulverbandes versehen sind.

§ 10

(1) Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Schulverbandes nach den Beschlüssen und Weisungen der Schulverbandvertretung, soweit sie nicht dieser selbst oder gem. § 17 Schulverwaltungsgesetz dem Gesamtschulvorstand vorbehalten sind.

(2) Für die Verwaltung des Vermögens und der Schule, sowie für das Haushalts-, Rechnungs- und Prüfungswesen gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu ergangenen und ergehenden Verordnungen und Vorschriften entsprechend. Die Kassen- und Rechnungsprüfungen erfolgen durch das Rechnungsprüfungsamt des Untertaunuskreises.

(3) Für die Befugnis des Verbandsvorstehers, Beschlüssen der Verbandsvertretung zu widersprechen und die Rechtsbehelfe der Verbandsvertretung, gilt § 63 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

§ 11

Der Verbandsvorsteher und der Kassenverwalter erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe die Verbandsvertretung jeweils für ein Rechnungsjahr festsetzt.

§ 12

(1) Die Aufgaben und Befugnisse des Gesamtschulvorstandes ergeben sich aus § 17 in Verbindung mit § 7 ff Schulverwaltungsgesetz.

(2) Die gemäß § 17 Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Ziff. 1 Schulverwaltungsgesetz zu wählenden Mitglieder des Gesamtschulvorstandes sollen aus den Reihen der Verbandsvertreter gewählt werden.

§ 13

(1) Die zur Unterhaltung der Verbandsschule erforderlichen Mittel werden durch Umlage von den Verbandsgliedern erhoben.

(2) Die Verbandsumlage ist in der Haushaltssatzung des Schulverbandes für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird von den Verbandsgliedern, zur Hälfte nach dem Verhältnis der am 15. Mai des vorhergehenden Rechnungsjahres bestehenden Schülerzahl, zur anderen Hälfte nach dem Verhältnis der Steuerkraftmeßzahl des jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetzes erhoben.

§ 14

(1) Beschlüsse der Verbandsvertretung über die Auflösung des Verbandes bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

(2) Will ein Verbandsglied aus dem Schulverband ausscheiden, hat es diese Absicht dem Schulverband schriftlich anzuzeigen. Das Ausscheiden ist erst zum Schluß des auf die Anzeige folgenden Rechnungsjahres möglich.

(3) Die Zuständigkeit der Schulaufsichtsbehörde gemäß § 3 Abs. 2 und 3 des Schulkostengesetzes bleibt unberührt.

§ 15

Im Falle der Auflösung des Schulverbandes fällt das Verbandsvermögen zu gleichen Teilen an die Verbandsglieder.

§ 16

(1) Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Verbandsvertretung.

(2) Dies gilt nicht für Berichtigungen der Satzung, die durch die Aufnahme oder das Ausscheiden (§ 14, Abs. 2) von Verbandsgliedern erforderlich werden.

§ 17

Bekanntmachungen des Schulverbandes erfolgen durch Aushang in den beiden Gemeinden. Die Satzung und jede Änderung der Satzung werden durch den Verbandsvorsteher im Staatsanzeiger öffentlich bekanntgegeben.

§ 18

Über Streitigkeiten wegen Auslegung der Satzung entscheidet auf Antrag eines Verbandsgliedes die Schulaufsichtsbehörde.

§ 19

Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde und Veröffentlichung in Kraft; das gleiche gilt für Satzungsänderungen (§ 3, Abs. 2 und 3, Satz 1, Schulkostengesetz).

*

Anlage zu § 2 Satzung des Schulverbandes Auroff (Schulvermögen)

A) Grundstücke

- | | |
|--|---------|
| 1. Flur 9, Flurstück 6/3, Gartenland Haseln | 6,91 a |
| 2. Flur 11, Flurstück 22, Hof- und Gebäudefläche an der Kirche, H. Nr. 2 | 20,84 a |
| 3. Flur 12, Flurstück 37, Ackerland hinter dem alten Backhaus | 21,73 a |
| 4. Flur 12, Flurstück 80, Wiese a. d. Mühl | 24,46 a |

B) Einrichtungen

a) Lehrerdienstwohnung

1. 2 Zimmeröfen
2. 1 Waschkessel
3. 1 Badeeinrichtung (1 Badofen, 1 Einbauwanne, 1 Waschtisch)

b) Unterrichtsraum

1. 16 Schülertische
2. 32 Stühle
3. 1 Lehrertisch mit Drehstuhl
4. 1 Sandkastentisch
5. 2 Bücherschränke
6. 1 Papierkasten
7. 8 Ringlux-Lampen
8. Sonnenvorhänge für 4 Klassenfenster
9. Schnapprollos für 4 Klassenfenster
10. 1 Plastik-Bühnenvorhang
11. 1 Wandschiebetafel
12. 1 Wandtafel
13. 1 Standtafel auf Rollen
14. 1 Kartenständer
15. 1 Karte (Untertaunuskreis)
16. 1 Karte (Hessen)
17. 1 Karte (Deutschland)
18. 2 Karten (Erdkundliche Grundbegriffe)
19. 1 Karte (Nord-Amerika)
20. 1 Karte (Bodenschätze der Welt)
21. 1 Geschichtsfries
22. 1 Zirkel
23. 1 Dreieck
24. 1 Lineal
25. 2 Weitstoßkugeln
26. 1 Schuhregal
27. 3 Meter Garderobenhaken.

1027

Satzung des Schulverbandes Schlierbach — Neuenschmidten Hellstein

Die Gemeinden Schlierbach, Neuenschmidten und Hellstein/Landkreis Gelnhausen, haben durch ihre Gemeindevertretungen am 9. 7. 1958 auf Grund des § 2 des Hessischen Schulkostengesetzes vom 10. 7. 1953 in der Fassung vom 15. 7. 1958 (GVBl. S. 76) beschlossen, einen Schulverband zu bilden und die nachfolgende Verbandssatzung angenommen.

Gemäß §§ 2, 3 des Schulkostengesetzes stimme ich der Bildung des Schulverbandes Schlierbach — Neuenschmidten — Hellstein zu und genehmige hiermit die Verbandssatzung. Wiesbaden, 2. 9. 1958

Der Regierungspräsident

II 1 — 1s — 40 c 04

St.Anz. 41/1958 S. 1230

Satzung des Schulverbandes Schlierbach — Neuenschmidten — Hellstein

§ 1

(1) Die Gemeinden Schlierbach, Neuenschmidten und Hellstein (Verbandsglieder) bilden gemäß §§ 2 und 3 des Schulkostengesetzes einen Schulverband.

(2) Der Schulverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Schulverband ist Träger der zu errichtenden gemeinsamen Volksschule der Verbandsglieder.

Er trägt die Bezeichnung Schulverband Schlierbach — Neuenschmidten — Hellstein. Sein Sitz ist Neuenschmidten.

(4) Soweit sich nicht aus dieser Satzung etwas anderes ergibt, findet die Hessische Gemeindeordnung und die dazu ergangenen und ergehenden Ausführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Gemeindevertretung die Verbandsvertretung und an die Stelle des Gemeindevorstandes der Verbandsvorsteher tritt.

§ 2

(1) Die Verbandsglieder übertragen kostenlos auf den Schulverband das in der Flur 4, Flurstück 43 „im Hasennest“ gelegene, vom Kulturredamt Hanau im Rahmen der Flurbereinigung ausgewiesene Schulgrundstück in Größe von 82,5 a, aus der Gemeinde Neuenschmidten.

(2) Die Verbandsglieder sind verpflichtet, die Umschreibung des eingebrachten Grundstücks binnen Jahresfrist vorzunehmen.

§ 3

Organe des Schulverbandes sind:

1. Die Verbandsvertretung,
2. der Verbandsvorsteher.

§ 4

(1) Die Mitglieder der Verbandsvertretung, mit Ausnahme der Bürgermeister der Verbandsglieder, werden gemäß § 55 der Hessischen Gemeindeordnung von den Gemeindevertretungen der Verbandsglieder aus ihrer Mitte gewählt.

(2) Die Gemeinde Schlierbach entsendet sechs, die Gemeinde Neuenschmidten drei und die Gemeinde Hellstein drei Vertreter. Für den Fall ihrer vorübergehenden Verhinderung sind eine entsprechende Anzahl von Stellvertretern zu wählen. Die jeweiligen Bürgermeister der Gemeinden Schlierbach, Neuenschmidten und Hellstein sind regelmäßig als Vertreter und deren verfassungsmäßig berufene Vertreter im Amt als Stellvertreter unter Anrechnung auf die zu stellende Vertreterzahl in die Verbandsvertretung zu entsenden.

(3) Die Gemeindevertretung kann den von ihr gewählten Mitgliedern der Verbandsvertretungen Weisungen für die Abstimmungen und Wahlen in den Verbandsvertretungen erteilen.

§ 5

(1) Die Wahlperiode der zur Verbandsvertretung zu wählenden Mitglieder richtet sich nach der Wahlperiode der Gemeindevertretungen. Die Neuwahl hat jeweils innerhalb von drei Monaten nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen zu erfolgen.

(2) Scheidet ein Verbandsvertreter aus der Gemeindevertretung, die ihn gewählt hat, vorzeitig aus, so erlischt seine Mitgliedschaft in der Verbandsvertretung. Sein Nachfolger ist innerhalb von drei Monaten durch die Gemeindevertretung zu wählen.

§ 6

Die Verbandsvertretung muß wenigstens einmal im Jahre zusammentreten. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muß mindestens ein Zeitraum von einer Woche, in dringenden Fällen von drei Tagen liegen. Die Ladung zur ersten Sitzung der Verbandsvertretung erfolgt durch den Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gebiet der Schulverband seinen Sitz hat.

§ 7

Die Verbandsvertretung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über folgende:

1. Änderung der Verbandssatzung (§ 16),
2. den Erlaß der Haushaltssatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes,
3. die Festsetzung der Verbandsumlage (§ 13),
4. Die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Erteilung der Entlastung an den Verbandsvorsteher,
5. die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung oder Schließung (§ 4 Abs. 1 des Schulkostengesetzes) sowie die Verlegung einer Schule,
6. die zweckfremdende Verwendung von Lehrerdienstwohnungen (§ 6 Abs. 1 des Schulkostengesetzes),
7. die Veräußerung oder Belastung von Grundvermögen des Schulverbandes, das Schulzwecken gewidmet ist (§ 27 des Schulkostengesetzes),

8. die Aufnahme neuer Mitglieder,
9. die sonstigen in dieser Satzung der Verbandsvertretung zugewiesenen Aufgaben.

§ 8

(1) Verbandsvorsteher ist der Bürgermeister der Gemeinde Schlierbach, stellvertretender Verbandsvorsteher der Bürgermeister der Gemeinde Neuenschmidten und Hellstein.

(2) Der Verbandsvorsteher kann mit Zustimmung der Verbandsvertretung einen Kassenverwalter und einen Schriftführer bestellen.

§ 9

(1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Schulverband nach außen.

(2) Erklärungen, durch die der Schulverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter unterzeichnet und mit dem Siegel des Schulverbandes versehen sind.

§ 10

(1) Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Schulverbandes nach den Beschlüssen und Weisungen der Schulverbandsvertretung, soweit sie nicht dieser selbst oder gemäß § 17 Schulverwaltungsgesetz dem Gesamtschulvorstand vorbehalten sind.

(2) Für die Verwaltung des Vermögens und der Schulden sowie für das Haushalts-, Rechnungs- und Prüfungswesen gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu ergangenen Verordnungen entsprechend.

(3) Für die Befugnis des Verbandsvorstehers, Beschlüssen der Verbandsvertretung zu widersprechen und die Rechtsbehelfe der Verbandsvertretung gilt § 63 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

§ 11

Der Verbandsvorsteher, sein Stellvertreter, der Kassenverwalter und der Schriftführer erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe die Verbandsvertretung jeweils für ein Rechnungsjahr festsetzt.

§ 12

(1) Die Aufgaben und Befugnisse des Gesamtschulvorstandes er ergeben sich aus § 17 in Verbindung mit § 7 ff. Schulverwaltungsgesetz.

(2) Die gemäß § 17 Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Ziff. I Schulverwaltungsgesetz zu wählenden Mitglieder des Gesamtschulvorstandes sollen aus den Reihen der Verbandsvertreter gewählt werden.

§ 13

(1) Die für den Bau und zur Unterhaltung der Verbandsschule erforderlichen Mittel werden durch Umlage von den Verbandsgliedern erhoben.

(2) Die Verbandsumlage ist in der Haushaltssatzung des Schulverbandes für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird von den Verbandsgliedern zur Hälfte nach dem Verhältnis der am 15. Mai des vorhergehenden Rechnungsjahres bestehenden Schülerzahl, zur anderen Hälfte nach dem Verhältnis der Steuerkraftmeßzahl des jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetzes erhoben.

§ 14

(1) Beschlüsse der Verbandsvertretung über die Auflösung des Verbandes bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

(2) Will ein Verbandsmitglied aus dem Schulverband ausscheiden, hat es diese Absicht dem Schulverband schriftlich anzuzeigen. Das Ausscheiden ist erst zum Schluß des auf die Anzeige folgenden Rechnungsjahres möglich.

(3) Die Zuständigkeit der Schulaufsichtsbehörde gemäß § 3 Abs. 2 und 3 Schulkostengesetz bleibt unberührt.

§ 15

(1) Im Falle der Auflösung des Schulverbandes wird das Verbandsvermögen nach Rückübertragung oder Wertersatzung der eingebrachten Grundstücke und Einrichtung (§ 2) auf die Verbandsglieder nach dem Verhältnis der von ihnen geleisteten Verbandsumlage (§ 13) verteilt.

(2) Im Falle des Ausscheidens eines Verbandsgliedes erhält es das eingebrachte Vermögen zurück oder Wertersatz. Für das übrige Verbandsvermögen bleibt der Schulverband Rechtsträger.

§ 16

(1) Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Verbandsvertretung.

(2) Dies gilt nicht für Berichtigungen der Satzung, die durch die Aufnahme oder das Ausscheiden (§ 14 Abs. 2) von Verbandsgliedern erforderlich werden.

§ 17

Bekanntmachungen des Schulverbandes erfolgen durch die Verbandsglieder in ortsüblicher Weise. Die Satzung und jede Änderung der Satzung werden durch den Verbandsvorsteher im Staats-Anzeiger öffentlich bekanntgemacht.

§ 18

Über Streitigkeiten wegen der Auslegung der Satzung entscheidet auf Antrag eines Verbandsgliedes die Schulaufsichtsbehörde.

§ 19

Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde und Veröffentlichung in Kraft; das gleiche gilt für Satzungsänderungen (§ 3 Abs. 2 und 3 Satz 1 Schulkostengesetz).

1028

Verlust von Vertriebenenausweisen

Die nachstehend bezeichneten Vertriebenenausweise sind in Verlust geraten:

A Nr. 63/11/5/3029 des Reinhold Prien, geb. am 17. 8. 1934, wohnhaft in Oldentrup, Stieghorsthof 3, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) — Flüchtlingsdienst —

B Nr. 6311/3/883 der Berta Klein, geb. Hussong, geb. am 12. 7. 1895, wohnhaft in Frankfurt (Main), Weißadlergasse 11, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) — Flüchtlingsdienst —

A Nr. 6311/4/7354 der Ingelore Maron, geb. am 19. 8. 1941, wohnhaft in Frankfurt (Main), Friedrichstr. 38, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) — Flüchtlingsdienst —

C Nr. 6311/2 II/2107 der Bärbel Freudenberg, geb. am 10. 10. 1936, wohnhaft in Frankfurt (Main), Marbachweg 353, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) — Flüchtlingsdienst —

A Nr. 6341/6813 der Marie Neuberger, geb. Heger, geb. am 4. 6. 1891, wohnhaft in Bad Schwalbach, Reitallee 2—4, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Untertaunus — Bad Schwalbach —

A Nr. 6338/03893 der Rosl Lux, geb. Schamal, geb. 13. 7. 1903, wohnhaft in Oberursel (Taunus), Weisskirchnerweg 12, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H.

A Nr. 6332/1413 des Robert, Eduard Eichner, geb. am 10. 7. 1886, wohnhaft in Dillenburg, Am Güterbahnhof, ausgestellt vom Kreisausschuß des Dillkreises in Dillenburg.

A Nr. 6332/6645 der Anna Mühlhans, geb. am 14. 3. 1906, wohnhaft in Dillenburg, Rolfesstr. 20, ausgestellt vom Kreisausschuß des Dillkreises in Dillenburg.

A Nr. 6313/2874 der Elisabeth Marquardt, geb. Klatt, geb. am 8. 7. 1898, wohnhaft in Wiesbaden, Müllerstraße 3, ausgestellt vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden — Flüchtlingsdienst —

A 6341/369 der Helene Ehleben, geb. Biese, geb. am 5. 3. 1894, wohnhaft in Hahn, Wiesbadener Weg 1, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Untertaunus in Bad Schwalbach.

A Nr. 6338/09000 der Elisabeth Szymanski, geb. Przylenk, geb. am 9. 11. 1906, wohnhaft in Köppern (Taunus), Bahnstr. 22, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Obertaunus in Bad Homburg v. d. H.

A Nr. 6337/690 des Egon, Arno Michaelis, geb. am 4. 11. 34, wohnhaft in Laubuseschbach, Kramberg 206, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Oberlahn in Weilburg.

A Nr. 6341/542 der Liselotte Schwab, geb. am 22. 7. 1922, wohnhaft in Hahn, Schützenstr. 8, ausgestellt vom Kreisausschuß des Landkreises Untertaunus in Bad Schwalbach.

Wiesbaden, den 10. September 1958

Der Regierungspräsident

I4—58f 02/03 Fl. K 676

St.Anz. 41/1958 S. 1231

Buchbesprechungen

Reisekosten von Regierungsamtmann Robert Müller, Mannheim. Band 9 der Schriften für die Bundeswehrverwaltung, 1958, 113 S., Brosch. DM 6,20. R. v. Decker's Verlag G. Schenck, Hamburg, Berlin, Bonn.

Bedeutung und Besonderheiten der Bundeswehrverwaltung dürften es rechtfertigen, wenn der Decker'sche Verlag mit einer neuen Reihe „Schriften für die Bundeswehrverwaltung“ hervortritt, für die er als Herausgeber den Leiter der Bundeswehrverwaltungsschule, Reg.-Dir. Dr. Vogt, gewonnen hat. Verlag und Herausgeber haben es sich zum Ziel gesetzt, in zusammenfassenden Darstellungen aller wesentlichen Fachgebiete der Bundeswehrverwaltung den Beamten und Soldaten die tägliche Arbeit zu erleichtern und damit auch wertvolle Hilfsmittel bei der Ausbildung zu bieten. Die Mehrzahl der angekündigten 19 Ausgaben der Reihe befaßt sich mit dem Personal- und Haushaltswesen der Bundeswehr; aber auch Spezialgebiete wie das Verpflegungs- und Bekleidungswesen, das Liegenschafts- und Unterkunftswesen oder das Wehrersatzwesen sollen behandelt werden. Ein Bedürfnis für Darstellungen dieser Spezialgebiete ist offenkundig, weil die heutigen Verhältnisse gegenüber denen vor 1945 oder gar 1939 völlig verändert sind. Doch auch die Personal- und Haushaltsangelegenheiten der Bundeswehr weichen wohl gegenüber denen der zivilen Verwaltung in so starkem Maße ab, daß die auf diesen Gebieten vorliegenden Kommentare, Lehr- und Handbücher, Leitfäden usw. häufig Fragen offen lassen werden, die die besonderen Verhältnisse der Bundeswehr aufwerfen. Diese Lücken soll die neue Schriftenreihe schließen.

Über ihren Wert läßt sich allerdings allein auf Grund des vorliegenden Bandes „Reisekosten“ noch nichts Abschließendes sagen. Für sich genommen stellt er einen übersichtlich aufgebauten und in verständlicher Sprache gefaßten Leitfaden der für die Inlandsreisen der Angehörigen der Bundeswehr geltenden Bestimmungen dar. Die Auslandsdienstreisen wurden, wie in der Vorbemerkung angegeben ist, außer Betracht gelassen, weil sie „fast immer nach Sonderregelungen abgerechnet werden“ — das ist in der zivilen Verwaltung anders, mag aber für die Bundeswehr mit ihren längeren NATO-Reisen usw. zutreffen; die Auslandsreisen sollen später im Rahmen der Schriftenreihe gesondert behandelt werden. Der bei der Bundesverwaltungsschule in Mannheim tätige Verfasser erweist sich als kundiger Führer auf den oft verschlungenen Pfaden des vielgestaltigen und wenig übersichtlichen Reisekostenrechts. Die Dienstreisen spielen ja in der modernen beweglichen Verwaltung eine weit größere Rolle als in früheren Zeiten, als die so seltene Dienstreise noch nach einem alten Spruch das Fettagge auf der kärglichen Suppe des Beamten war. Heute ist die Dienstreise oft eine lästige Pflicht.

Die Schrift enthält keine Kommentierung des Reisekostengesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen, sondern eine systematische Darstellung, die dadurch sehr gewinnt, daß sich der Verfasser von der Reihenfolge der gesetzlichen Bestimmungen freigemacht hat. Auf diese Weise konnte er den Stoff nach einer Übersicht über den persönlichen und örtlichen Geltungsbereich des Gesetzes in vier Abschnitte gliedern, die die allgemeinen Dienstreisebestimmungen, die Reisekostenvergütung, die Sonderreisen (Versetzungs-, Dienstantritts-, Vorstellungstreisen usw.) und schließlich die zugehörigen Zahlungsvorschriften behandeln. Die einschlägigen Verwaltungsvorschriften des Bundes, insbesondere die Erlasse des BmFVdG, sind eingearbeitet. Viele praktische Beispiele und schematische Übersichten verdeutlichen den Text. Den größten Raum nimmt mit Recht der Abschnitt Reisekostenvergütung ein, der kaum eine Frage offen lassen dürfte. Auch Sonderfälle, wie die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge oder die Verbindung von Dienst- und Urlaubsreise, bei deren Abrechnung immer wieder Irrtümer und Zweifel auftauchen, werden eingehend erörtert.

Im Anhang sind die Texte des Reisekostengesetzes nebst den Ausführungsbestimmungen, jeweils in der geltenden bundesrechtlichen Fassung, abgedruckt, ferner die Preistafel für Militärdienstfahrkarten und Vordruckmuster für Reisekostenrechnungen usw. Ein Sachregister erleichtert die Handhabung.

Der Band wird den zuständigen Rechnungsbeamten, darüber hinaus aber jedem Angehörigen der Bundeswehr, der sich ja selbst mit den Reisekostenbestimmungen vertraut zu machen hat, nützliche Dienste leisten. Wegen seiner leicht verständlichen Darstellung erscheint er auch für Ausbildungszwecke gut geeignet.

Regierungsdirektor Dr. Brennhäuser

Staatsbürger-Taschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Schaubildern von Dr. Otto Model, Rechtsanwalt in Moers a. Rh., Regierungsrat a. D., 2. Auflage, Ausgabe Sommer 1958. XXVIII, 670 Seiten 8°. In Leinen DM 13,80. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Das in handlicher Form herausgebrachte „Staatsbürger-Taschenbuch“ von Model ist in 2. Auflage erschienen. Die Neuauflage ist gegenüber der ersten Auflage um 140 Seiten verstärkt und auf den Stand vom Sommer 1958 gebracht worden. Es hat sich die Aufgabe gestellt, dem Leser einen umfassenden Überblick über das Verfassungsrecht, die Verwaltung, die Grundregeln privatrechtlicher Rechtsordnung, das Arbeits- und Wirtschaftsrecht, über die Grundzüge der Sozialversicherung, des Geld-, Bank- und Börsenwesens und weitere für den Staatsbürger bedeutsame Rechtsmaterien zu ermöglichen. Da es sich nicht um eine bloße Zusammenstellung der entsprechenden Vorschriften, sondern um eine grundrißartige Erläuterung und Abhandlung der genannten Rechtsfragen und dazugehöriger Tatsachenkomplexe handelt, gewinnt das „Staatsbürger-Taschenbuch“ Bedeutung für alle Bevölkerungsschichten, zumal es sich nicht juristisch oder sonstiger Fachsprache bedient, sondern durchweg einer allgemeinverständlichen Darstellungsweise den Vorzug gibt.

Der Inhalt ist hinsichtlich der einzelnen Abschnitte des Taschenbuches in großen Zügen in der Nr. 29 des Staats-Anzeigers aus 1957 bekanntgegeben worden. Die Neuauflage trägt der seitherigen Entwicklung Rechnung und bringt darüber hinaus in einzelnen Abschnitten begrüßenswerte Erweiterungen des bisher dargestellten Stoffes. So ist der Abschnitt über das Wehrrecht der Bundesrepublik ergänzt durch die Aufnahme der Erläuterungen der Wehrdisziplinarordnung, der Wehrbeschwerdeordnung, des Wehrstrafgesetzes, der

Militärseelsorge und des Wehrbeauftragten des Bundestages. Am Schluß des dem Steuerrecht gewidmeten Teils findet sich eine kurze Darstellung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, während der Überblick über das Arbeitsrecht durch die Inhaltsangabe des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erweitert ist. Eine umfangreichere Darstellung als bisher hat neben dem Wirtschaftsrecht das Polizeirecht gefunden. Hier ist der grundlegenden Bedeutung des ehemaligen preußischen Polizeirechts durch Heraushebung des Preuß. Polizeiverwaltungsgesetzes Rechnung getragen worden. Außerdem wurde die Entwicklung des Polizeirechts seit 1933 gesondert abgehandelt. Ferner wurden zusätzlich zur ersten Auflage die Polizeiorganisation in Nord-, Mittel- und Süddeutschland, sowie Waffengebrauch, Durchsuchung, Beschlagnahme und Personalienfeststellung durch Polizei erläutert.

Entwicklungsbedingt und wohl auch auf besondere Anregung fand das Kapitel über Wirtschaftsrecht eine umfangreiche Erweiterung durch allgemeine Themen wie Wirtschaftspolitik, Wirtschaftslenkung, Großhandel, Einzelhandel, Güterfernverkehr, Filmwesen und durch eine Darstellung bestimmter Sondermaterien mit aktueller Bedeutung. Hierzu gehört z. B. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Zollunion, Euratom, die Freihandelszone, der Grüne Plan und auch das Kartellgesetz oder die Deutsche Industrie- und Handelskammer.

Die erläuterte Materie, ihre Aktualität und die Darstellungsweise lassen das „Staatsbürger-Taschenbuch“ in der vervollständigten Neuauflage als Lehrmittel für alle Schulen geeignet erscheinen, die auch staatsbürgerliche Kenntnis vermitteln. Daneben sollte es aber auch im Selbstunterricht gute Verwendung finden können.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

Kleines Brevier für Vorgesetzte und solche, die es werden wollen. Band 1 der Reihe DIE ERFOLG-BÜCHER, 2. Auflage, 100 Seiten, illustriert, kartoniert DM 5,85. Hans Holzmann Verlag, Bad Wörleshofen.

Bereits ein Jahr nach Erscheinen war die 1. Auflage „Kleines Brevier für Vorgesetzte“ ausverkauft. Die 2. erweiterte Auflage liegt jetzt vor. Der Verfasser, der selbst eine hohe Stellung bekleidet und aus diesem Grund ein Pseudonym wählte, zeichnet in seinem Buch das Idealbild des Vorgesetzten. Er schildert, wie eine leitende Persönlichkeit im großen und kleinen sein sollte und welche Eigenschaften und Angewohnheiten bei einem Vorgesetzten nicht wünschenswert sind. Das Buch ist nicht nur für jeden Vorgesetzten und solche, die es werden wollen und hierzu auch wirklich Aussichten haben, sondern auch in gleicher Weise für jeden anderen in einer Gemeinschaft tätigen Menschen außerordentlich lehrreich, selbst wenn seine Chancen, einmal Vorgesetzter zu werden, gering sind. Das Buch ist in seiner amüsanten und lehrreichen Darstellung besonders dafür geeignet, auch die Schwächen eines Vorgesetzten zu verstehen und sich mit ihnen abzufinden. Es kann auch für den Personenkreis nützlich sein und zur Stärkung des Selbstbewußtseins beitragen, die sich in einem Verwaltungsapparat ständig unterdrückt und benachteiligt fühlen. Es ist wirklich ein Buch, das in hohem Maße das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in einen harmonischen Gleichklang zu bringen vermag. Es sollte in jeder Behörde und in den Büros von Wirtschaft und Industrie zu finden sein. Die geringe Ausgabe für dieses Werk kann sich wirtschaftlicher auswirken als der zweite und dritte Kommentar zu einem Gesetzeswerk.

Ministerialrat Maneck

Das Verwaltungs-ABC. Ausführliches Stichwortverzeichnis über alle wichtigen neuen und fortgeltenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse im Bund und allen Ländern der Bundesrepublik (einschl. Berlin) mit genauen Fundstellen. Bearbeitet und herausgegeben von Johannes Hellmann, Amtsrat im Bundesministerium des Innern. Fortsetzungswerk in Loseblattform. 7. Lieferung, 64 bedruckte Seiten DM 3,72, 8. Lieferung, 64 bedruckte Seiten DM 3,84 und 9. Lieferung 128 bedruckte Seiten DM 7,68. Verlag Grenzland-Druckerei Rock & Co., Groß-Denkte/Wolfenbüttel.

Das Verwaltungs-ABC wurde an dieser Stelle (Staats-Anzeiger 1954, Seite 242) eingehend erläutert. Es stellt eine in alphabetischer Reihenfolge geordnete Zusammenstellung (mit Fundstelle) aller Gesetze und Verordnungen sowie der wesentlichen Erlasse des Bundes und der Länder dar. Wenn auch der Hauptwert auf die Regelungen nach 1945 gelegt ist, so sind doch die fortgeltenden wichtigen Vorschriften aus der Zeit vorher mit aufgenommen worden. Das Nachschlagewerk ist in Loseblattform gehalten. Gegenwärtig liegen insgesamt 9 Lieferungen bis Buchstabe St 9 (Statistik) vor. Im Hinblick auf die immer umfangreicher werdenden gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes und der Länder und ihre dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen und Verwaltungsanweisungen wird das genannte Nachschlagewerk Anwälten und Behörden gute Dienste leisten.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

Fuhr-Pfeil, Hessische Verfassungs- und Verwaltungsgesetze. Loseblattsammlung mit Verweisungen und Sachverzeichnis. 7. Ergänzungslieferung. 552 S. DM 15,80. Gesamtwerk, ergänzt bis Juli 1958, 2160 S. 8°. In Leinenordner DM 50,—. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die seit Jahren bewährte Sammlung, deren Unentbehrlichkeit sich immer von neuem beweist, wird durch die neue Ergänzungslieferung auf den Stand vom 1. Juli 1958 gebracht. Die Lieferung enthält insbesondere das Hessische Besoldungsgesetz, die Unterhaltzuschußverordnung, das Ortsklassenverzeichnis, die Juristische Ausbildungsordnung, das Hessische Juristenkostengesetz und weitere justizkostenrechtliche Vorschriften, das Gesetz über Unschädlichkeitszeugnisse, das Gesetz über die Unterhaltung öffentlicher Ingenieurschulen, das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern, die Durchführungsverordnung zur Hessischen Bauordnung, die Neufassung des Dammbaugesetzes, die Gebührenordnung für Tierärzte, das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Errichtung und des Betriebes von Kernreaktoren für Forschungszwecke und des Strahlenschutzes. Auch alle Übersichten, Verweisungen und Anmerkungen sind auf den neuesten Stand gebracht worden.

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1958

Samstag, den 11. Oktober 1958

Nr. 41

Veröffentlichungen

3388

Wegeeinziehung in Hünfeld

Die Stadt Hünfeld beabsichtigt, die Wirtschaftswege in der Gemarkung Hünfeld, Flur 8, Flurstück 166, Flur 8, Flurstück 174, Flur 8, Flurstück 175, Flur 8, Flurstück 176, Flur 6, Flurstück 70 (teilweise), einzuziehen. Der Plan zu diesem Vorhaben liegt vom Tage dieser Veröffentlichung an bei der Stadtverwaltung (Rathaus, Zimmer 7) offen.

Ansprüche können gem. § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (GS. S. 237) zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der unterzeichneten Wegepolizeibehörde eingelegt werden.

Hünfeld, 29. 8. 1958

Der Magistrat
als Wegepolizeibehörde

3389

Einziehung eines öffentlichen Weges Gemarkung Melsungen

Die Einziehung eines Teiles des Weges in der Gemarkung Melsungen „Auf dem Schloth“, Ktbl. 9, Parz. 45/1 in einer Länge von ca. 200 m (der mittlere Teil des Weges), ist beabsichtigt. Die Einziehung des Weges wird durch den Schulnbau auf dem Schloth notwendig.

Einsprüche gegen das Vorhaben sind gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen, vom Tag der Veröffentlichung an gerechnet, bei den Unterzeichneten geltend zu machen.

Melsungen, 25. 9. 1958

Der Bürgermeister
als Wegepolizeibehörde

Gerichtsangelegenheiten

3390

Erlaubnisurkunde

371a E—1.686: Herrn Wilhelm Knieling, Landesinspektor i. R., geb. am 2. 2. 1886 in Kassel, wohnhaft in Franfurt (Main), Eckenheimer Landstr. 156, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtspflege vom 13. 12. 1935 — RGBl. I Seite 78 — die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) unter ausdrücklicher Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherung erteilt. Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

Frankfurt (Main), 29. 9. 1958

Der Amtsgerichtspräsident

3391

Aufgebote

F 2/58: Durch **Ausschlußurteil** vom 3. 9. 1958 ist der Brief über die im Grundbuch von Mengshausen, Blatt 506 in Abt. III, Nr. 5 eingetragene Grundschuld für die Witwe des Landwirts Johann Heinrich Eichler, Anna Margarete, geb. Hellwig, in Mengshausen für kraftlos erklärt worden.

Bad Hersfeld, 24. 9. 1958 **Amtsgericht****3392**

F 1/58: Durch **Ausschlußurteil** vom 25. 6. 1958 ist der Brief über die im Grundbuch von Schenkklengsfeld, Blatt 367 in Abt. 3, Nr. 3 für Frau Lilli Nussbaum in New York eingetragene Restkaufgeldhypothek für kraftlos erklärt worden.

Bad Hersfeld, 24. 9. 1958 **Amtsgericht****3393**

F 2/58: Durch Urteil vom 17. September 1958 ist der Brief über die im Grundbuch von Kerstenhausen, Blatt 151 in Abt. III Nr. 1, für die Stadt Borken (Städtische Sparkasse zu Borken) eingetragene Hypothek für eine mit jährlich 8 v. H. vom 1. März 1927 verzinsliche Darlehensforderung von 1500,— RM für kraftlos erklärt worden.

Fritzlar, 30. 9. 1958 **Amtsgericht****3394**

F 3/57: Durch Urteil vom 17. 9. 1958 ist der Eigentümer des auf dem Namen der Witwe des Schneiders Heinrich Grasmäder, Anna Elisabeth Grasmäder, geb. Berle, in Metze im Grundbuch von Metze, Blatt 233 eingetragenen Grundstücks, Flur 7, Flurstück 5, Acker über der Tränke, 21,45 Ar, mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Fritzlar, 30. 9. 1958 **Amtsgericht****3395**

F 24/58: Der Bahnarbeiter i. R. Wilhelm Herbert in Gondsroth, Kreis Gelnhausen, Hauptstraße 28, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümer der im Grundbuch von Gondsroth, Band 9, Artikel 272, auf den Namen 1. Georg Karl Herbert und 2. Elisabetha Herbert, Heinrich Herberts des III. Kinder von Gondsroth, eingetragenen Grundstücke Flur 7, Flurstück 13, Acker hinter der Buchhecke, von 3,33 Ar, und Flur 7, Flurstück 9, Acker hinter der Buchhecke, von 5,37 Ar, beantragt. Die eingetragenen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf die Grundstücke spätestens in dem auf 10. Dezember 1958, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 25. 9. 1958 **Amtsgericht****3396**

Beschluß

F 11/58: Herr Wilhelm Fischer 8. aus Raibach, Backhausgasse 4, hat das Aufgebot

zur Ausschließung des Eigentümers des Grundstücks

Flur II, Nr. 44, Ackerland am Börnchesgraben, 2,25 Ar, eingetragen im Grundbuch von Raibach, Band III, Blatt 265, unter Ord.Nr. 1 auf den Namen des Wilhelm Reuling in Worms, gemäß § 927 BGB beantragt.

Die etwa vorhandenen Erben oder Erbeserben des im Grundbuch eingetragenen Eigentümers werden aufgefordert, spätestens zu dem auf **Dienstag, den 16. Dezember 1958, vorm. 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung mit ihren Rechten erfolgen wird.

Groß-Umstadt, 27. 9. 1958 **Amtsgericht****3397**

3 F 8/58 — 24. September 1958: Der Landwirt Friedrich Ferber in Oberissigheim und die Ehefrau Emilie Köhler, geb. Ferber in Rävoldzhausen, beide vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Eisenberg in Hanau, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Hypothekengläubigers der nachstehenden Hypothek beantragt: Höchstbetragssicherungshypothek über 1000,— GM für den Handelsmann Jakob Seiferheld in Langenselbold, Kr. Hanau, eingetragen in Abt. III, lfd. Nr. 7 des Grundbuchs von Oberissigheim, Band 18, Blatt 689. Der vorgenannte Hypothekengläubiger wird aufgefordert, spätestens in dem auf den Mittwoch, 4. Feb. 1959, 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 21a, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Amtsgericht Hanau**3398**

Ausschlußurteil

10 F 16/58: Das Sparkassenbuch der Stadtsparkasse Kassel Nr. 199 681 über 586,50 DM ist kraftlos.

Kassel, 29. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10****3399**

10 F 25/58: Die Witwe Gertrud Schröder in Grebenstein, Bez. Kassel, Haus Nr. 266 $\frac{1}{2}$, hat das Aufgebot des Briefes über die im Grundbuch von Kassel, Bl. 3960 in Abt. III unter Nr. 3, für Fräulein Marie Schiebeler zu Kassel eingetragene Hypothek von 3000,— GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **den 2. Februar 1959, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 29. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10****3400**

10 F 34/58: Die Landesversicherungsanstalt Hessen in Frankfurt (Main), Städelstraße 28, hat das Aufgebot des Briefes über die im Grundbuch von Sandershausen, Bl. 93 in Abt. III unter Nr. 1 für die Landes-Ver-

sicherungs-Anstalt Hessen-Nassau in Kassel eingetragene Hypothek von 819,03 GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **2. Februar 1959, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 29. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10**

3401

10 F 38/58: Die Hoesch Walzwerke Aktiengesellschaft in Hohenlimburg haben das Aufgebot des Briefes über die im Grundbuch von Kassel, Bl. 4369, in Abt. III, unter Nr. 4 eingetragene Hypothek von 812,50 GM beantragt. Als Gläubiger des Rechts sind eingetragen:

1. der Oberstaatsanwalt Dr. Otto Rust in Köln zu $\frac{1}{3}$,

2. die Geschwister Menken: a) die Klosterfrau Paula Menken in Arnheim, b) Kaufmann Leo Menken jr. in Antwerpen, c) Ehefrau des Karl Sonnenschein, Maria Dorothea, geb. Menken, in Köln, d) Ehefrau des Karl Goseling, Elisabeth, geb. Menken, zu Kromenisch bei Amsterdam, e) Magda Menken in Düsseldorf, zu je $\frac{1}{10}$,

3. die Geschwister Rust: a) Hedwig Rust, b) stud. med Ernst Rust, c) Gymnasiast Felix Rust, d) Dorothea Rust, e) Gymnasiast Walter Rust, sämtlich in Köln, zu je $\frac{1}{30}$.

beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **26. Januar 1959, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Kassel, 22. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10**

3402

10 F 26/58: Der Verwaltungsangestellte Ludwig Koch in Vollmarshausen, Kreis Kassel, Hintergasse 18, hat das Aufgebot des als Miteigentümer zur Hälfte des im Grundbuch von Vollmarshausen, Bl. 753, verzeichneten Grundstücks — Gemarkung Vollmarshausen, Flur 8, Flurstück 297/152, Hofraum Hintergasse, 0,81 Ar — eingetragenen Pflasterermeisters Andreas Gleim in Vollmarshausen beantragt. Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **15. Dezember 1958, vorm. 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin sein Recht anzumelden, da er sonst mit diesem ausgeschlossen wird.

Kassel, 24. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10**

3403

10 F 35/58: Die Ehefrau Hildegard Schallenberg, geb. Hunold, in Minden/Westf., Portastraße 29, hat das Aufgebot des Briefes über die im Grundbuch von Wolfsanger, Bl. 34 in Abt. III unter Nr. 8, für Frä. Hilde Hunold in Kassel eingetragene Hypothek von 4000,— GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **2. Februar 1959, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 24. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10**

3404

2 F 12/58: Der Landwirt Heinrich Paul, Emsdorf, Kreis Marburg (Lahn), — vertreten durch Rechtsanwalt Beckmann, Kirchhain (Bz. Kassel) — hat das Aufgebot zur Ausschließung des im Grundbuch von Emsdorf, Band 29, Blatt 785, eingetragenen Eigentümers des Grundstücks Gemarkung Emsdorf,

Ktbl. 13, Parz. 11, Grünland die Beckerswiesen = 12,05 Ar,

des Karl Paul, Josefs Sohn, in Emsdorf, beantragt. Der Genannte sowie dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den **15. Januar 1959, 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 26. 9. 1958

Amtsgericht

3405

2b F 4/58: Durch Urteil vom 17. 9. 1958 ist der Eigentümer des Grundstücks Schwalbach, Blatt 780, mit seinem Recht ausgeschlossen worden.

Königstein (Taunus), 18. 9. 1958

Amtsgericht

3406**Ausschlußurteil**

6 F 3/58 — Im Namen des Volkes: In der Aufgebotssache der Anna Maria Müller, geborene Winkelnbach, Ehefrau des Schlossers Karl Heinrich Müller, Viernheim, Kettelerstraße 10, hat das Amtsgericht in Lampertheim in der Sitzung am 26. 9. 1958 durch den Assessor Geldner für Recht erkannt:

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Viernheim Band XXI Blatt 1479 in Abt. III unter lfd. Nr. 3/1,2 zugunsten der Bezirksparkasse Lorsch eingetragene Briefhypothek im Aufwertungsbeitrag von 998,72 GM wird für kraftlos erklärt.

Lampertheim, 29. 9. 1958 **Amtsgericht**

3407**Güterrechtsregister****Neueintragungen:**

GR 906 — 1. 9. 1958: Karl Ceyda, Bad Homburg v. d. H., Buschwiese 1, und Inge, geb. Günther, Bad Homburg v. d. H., Im Rosengarten 8:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 907 — 1. 9. 1958: Heinrich Georg Gerrecht und Margareta, geb. Kraus, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 908 — 2. 9. 1958: Heinrich Pripadlo und Magdalena, geb. Kuhn, Kalbach:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 909 — 2. 9. 1958: Bergwerksdirektor Heinrich Hermann Müller und Martha, geb. Vorwig, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 910 — 3. 9. 1958: Fotomeister Anton Neubert und Eleonore, geb. Steidl, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 911 — 4. 9. 1958: Kaufmann Wilhelm Bauer und Anna, geb. Löw, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 912 — 4. 9. 1958: Kaufmann Karl Ries und Ella, geb. Schwinn, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 913 — 4. 9. 1958: Kaufmann Eberhard Rensch und Elsbeth, geb. Rüprich, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 914 — 5. 9. 1958: Dipl. Landwirt Joachim Doering und Anna-Maria, geb. Ilue, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 915 — 8. 9. 1958: Kaufmann Hans Kleinschmidt und Elisabeth, geb. Werner, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 916 — 8. 9. 1958: Rechtsanwalt und Notar Dr. Karlerst Möhring und Anneliese, geb. Kettler, Domholzhausen:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 917 — 8. 9. 1958: Kaufmann Heinz Alfons Wiese und Frau Edith Ilse, geb. Froese, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 918 — 8. 9. 1958: Kurt Dallwig und Irma, geb. Carl, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 919 — 1. 9. 1958: Eheleute Bundesbahninspektor Viktor Wohlfahrt und Margarethe Wohlfahrt, geb. Marwitz, in Oberursel (T):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 — BGBl. I, S. 609 ff — besteht Gütertrennung.

GR 920 — 11. 9. 1958: Steuerberater Gustav Henrichs und Martha, geb. Muth, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 921 — 11. 9. 1958: Dipl. Kaufmann Dr. Paul Helmer, Oberursel, Umlandstr. 3, und Einzelhändlerin Frieda Helmer, geb. Rösing, Frankfurt (Main), Heinrich-Hoffmann-Straße 16:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 922 — 13. 9. 1958: Fabrikant Erich Röhler und Erika, geb. Kosciankowski, Bad Homburg v. d. H.:

Durch notariellen Vertrag vom 5. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 923 — 15. 9. 1958: Schreinermeister Heinrich Jakob Mager und Elisabeth, geb. Kunz, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 924 — 15. 9. 1958: Ingenieur Dieter Adrian und Magdalena, geb. Häusser, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 925 — 16. 9. 1958: Fabrikant Philipp Menges und Martha, geb. Jaus, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 926 — 16. 9. 1958: Fabrikant Wilhelm Manges und Luise, geb. Menke, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 927 — 17. 9. 1958: Bundesbahnberater Dr. Gerhard Schrader u. Edelgard, geb. Benitz, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 928 — 17. 9. 1958: Elektromeister Erk Thomas und Sophie Glas, geb. Homm, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 929 — 17. 9. 1958: Kaufmann Wolfgang Hermann Assmann und Renate Elisabeth, geb. Kott, Bad Homburg v. d. H.:

Durch notariellen Vertrag vom 19. Aug. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 930 — 22. 9. 1958: Kunstmaler Adolf Sachs und Gertrud, geb. Urbanneck, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 931 — 22. 9. 1958: Steinmetz Julius Göttinger und Lilli, geb. Schleh, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 932 — 22. 9. 1958: Georg Jäger und Ilse, geb. Singer, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 933 — 24. 9. 1958: Schuhindustrietechniker Hermann Helmut Köpfer und Renate Christine, geb. Arnold, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 934 — 29. 9. 1958: Kaufmann August Schneider und Sophie, geb. Braun, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 935 — 29. 9. 1958: Kaufmann Gerhard Glas und Helene, geb. Flinner, Oberursel:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

GR 936 — 29. 9. 1958: Textilkaufmann Alfred Emil Hübsch und Ursula Anneliese Hinz, geb. Pillukat, Bad Homburg v. d. H.:

Für die Ehe soll Gütertrennung gelten (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957, BGBl. I, S. 609).

Bad Homburg v. d. H., 30. 9. 1958

Amtsgericht

3408

GR 243 — 24. 9. 1958: Eisenbahner August Meuser in Büches und Ehefrau Hedwig, geb. Mayer, verw. Geiss, daselbst:

Auf Grund der am 26. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung der Ehefrau nach Artikel 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Amtsgericht Büdingen

GR 244 — 30. 9. 1958 — Schreiner Karl Möller in Himbach, und Ehefrau Elfriede, geb. Rink, daselbst:

Auf Grund der am 30. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung der Eheleute nach Artikel 8 I Ziffer 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Amtsgericht Büdingen

GR 245 — 30. 9. 1958 — Verwaltungsangestellter Karl Ludwig Gottfried Brög in Büdingen, und Ehefrau Elisabeth, geb. Meuser, daselbst:

Auf Grund der am 25. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung des Ehemannes nach Artikel 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Amtsgericht Büdingen

3409

6 GR 431 — 2. 10. 1958 — Kaufmann Emil Stadermann und Elisabeth, geb. Meier, Eschwege, Reichensächser Straße 7:

Durch notariellen Ehevertrag vom 24. September 1958 ist die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6 GR 432 — 3. 10. 1958 — Kaufm. Angestellter Rudolf Grüne und Elisabeth, geb. Miltz, Wanfried, Celler Straße 8:

Durch notariellen Ehevertrag vom 11. 9. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eschwege, Abt. II

3410

73 GR 7045 A: Glasreiniger Philipp Alois Weiss u. Maria Margarethe, geb. Wilms Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 16. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7046 A: Kaufmann Dr. Alois Prassel, Frankfurt (Main), und Anneliese, geb. Jöst, Bensheim:

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7047 A: Werbekaufmann Gunther Toepfer u. Johanna, geb. Kaiser, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7048 A: Buchhalter Günter Georg Friedrich Fischbach und Erika Maria, geb. Förtsch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7049 A: Kaufmann Erich Wilhelm Drogge und Amalie, geb. Reckemann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7050 A: Kaufmann Wilhelm Weber und Irmgard, geb. Reith, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7051 A: Kaufm. Angestellter Willy Urban und Lieselotte, geb. Engel, Bergen-Enkheim:

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7052 A: Kaufmann Rolf Beutelschmidt und Marianne, geb. Leuthner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7053 A: Kaufmann Franz Josef Heinrich Beckmann und Emma Maria, geb. Beltz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7054 A: Kaufmann Hans Wolfgang Essbach und Luise, geb. Esel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7055 A: Kaufmann Hans Lorenz und Tilly, geb. Roth, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7056 A: Schmiedemeister Emil Martin und Else, geb. Stüber, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7057 A: Dr. Ing. Albrecht Schumann und Erdmute, geb. Quast, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7058 A: Prokurist Dr. Bruno Süßmilch und Elisabeth, geb. Wünsch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7059 A: Dr. rer. pol. Wolfgang Röller und Ursula Margarete, geb. Triebel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7060 A: Metzgermeister Christian Rapp und Anna Emilie Helene, geb. Jagau, verw. Claussen, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7061 A: Kaufmann Karl Johannes Rahmig und Dr. Barbara, geb. Boysen, Ärztin, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7062 A: Kaufmann Karl Eckert und Margarete, geb. Bretthauer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7063 A: Architekt Kurt Stadtlch, Frankfurt (Main), und Elsa, geb. Peglau, Rüsselsheim (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7064 A: Technischer Kaufmann Heinz Schlegel und Ottilie Elisabeth, geb. Rübl, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7065 A: Physiker Dr. Gerhard Lander und Margot, geb. Vogel, Chemikerin, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7066 A: Kaufmann Georg Nix und Annemarie, geb. Mikonauschke, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 6. März 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7067 A: Stud. jur. Dieter Hans Adolf Pinkewitz und Marga, geb. Gandecki, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7068 A: Gerichtsreferendar Jürgen Gliss und Helga, geb. Neubauer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 12. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7069 A: Spenglermeister Richard Thren und Katharina, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7070 A: Schweißfachingenieur Klaus Rudolph und Edeltrude, geb. Scheu- genpflug, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7071 A: Kaufm. Angestellter Friedrich Karl Sigfried Schmidt und Marga, geb. Repp, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7072 A: Kaufmann Eberhard Bauer und Christine, geb. Sarfert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7073 A: Apotheker Wolfgang Döpfmer und Ilse, geb. Kroschel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7074 A: Immobilienkaufmann Günther Benedikt und Gisela, geb. Meder, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7075 A: Kaufm. Angestellter Georg Schwarzer und Lisa, geb. Sendlinger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7076 A: Diplomchemiker Dr. Otto Helmut Weiberg und Magdalena Sigrid, geb. Peters, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7077 A: Mech. Angestellter Willy Schütz und Emmi, geb. Freitag, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7078 A: Handelsvertreter Friedrich Wilhelm Schütze und Gertrud, geb. Zensen, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7079 A: Bäckermeister August Odermann u. Gertrud, geb. Bender, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7080 A: Techn. Kaufmann Hans-Jörg Tobias und Rosemarie, geb. Schubert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7081 A: Kaufmann Hans Blocher und Hildegard, geb. Richter, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7082 A: Rentner Gustav Schübel und Käthe, geb. Majchrzak, Handelsvertreterin, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7083 A: Verwaltungsangestellter Paul Pötschke und Viktoria, geb. Mittel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7084 A: Zahnarzt Dr. med. dent. Helmut Reinmüller und Irene, geb. Weitzel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7085 A: Rechtsanwalt Dr. Franz Josef Führ und Ingeborg, geb. Harder, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7086 A: Stukkateurmeister Ernst Knöss und Karoline Dorothea, geb. Meisenzahl, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7087 A: Modellmacher Anton Amend, Zeppelinheim, und Johanna Magdalena Margarete Adelheid, geb. Rüsler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7088 A: Schreinermeister Wilhelm Dübel und Johanna, geb. Grassan, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7089 A: Kaufmann Joachim Arend, Frankfurt (Main), und Hannelore, geb. Miltenberger, Garmisch-Partenkirchen:

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7090 A: Kürschnermeister Erich Krause und Elfriede, geb. Englisch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7091 A: Kaufm. Angestellter Hasso Olias und Hedwig, geb. Willmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7092 A: Drogist Rudolf Meister und Ellen, geb. Heim, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7093 A: Maschinenbau-Ingenieur Andreas Salzberger und Anna, geb. Leibold, verw. Köppler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7094 A: Kaufmann Heinrich Arno Müller und Ingeborg Margarethe, geb. Feh, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7095 A: Geschäftsführer Henry Fritz Hermann Schwarze und Loni, geb. Adomath, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7096 A: Bankangestellter Heinrich Jacobi und Katharine, geb. Seggmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 13. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7097 A: Diplom-Kaufmann Dr. Helmut Fleischhauer und Siegrautgeb. Pietsch, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7098 A: Kaufmann Hans W. Rüdiger und Hilde, geb. Teuschel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7099 A: Kaufmann Christian Metz und Hilde, geb. Binz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7100 A: Kaufmann Emil Müller u. Martha, geb. Becker, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7101 A: Kaufmann Johannes Merz, Frankfurt (Main), und Clara Louise Johanna, geb. Budras, Leipzig:

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7102 A: Kaufmann Theodor Kutscher und Johanna, geb. Thiemann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7103 A: Kaufmann Georg Zitzelsberger und Käthe, geb. Winkler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7104 A: Kaufmann Bernhard Wilhelm Otto mar Seiferth und Hildegard, geb. Kienle, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7105 A: Kaufmann Abram Targownik und Teodosia, geb. Pierunowa, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7106 A: Betriebsleiter Rudolf Wittich und Emma, geb. Bilgery, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7107 A: Kaufmann Richard Böhler und Hedwig, geb. Filsinger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7108 A: Kaufmann Kurt Weber und Elfriede, geb. Kuneke, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 24. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7109 A: Kaufmann Hermann Brandt und Anny, geb. Grimm, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 28. Aug. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7110 A: Gieser Friedrich John und Eva Luise, geb. Kores, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 10. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7111 A: Handelsvertreter Dr. Ing. Dr. jur. Erich Litzenger, Frankfurt (Main), und Anna Elisabeth, geb. Lenz, Kauffrau, Koblenz:

Durch Ehevertrag vom 2. Feb. 1950 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7112 A: Metzgermeister Heinrich Rullmann und Margot, geb. Ehlers, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 8. Sept. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7113 A: Steuerberater Herbert Gerisch und Ilse, geb. Knoch, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 11. Sept. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73

3411

73 GR 7114 A — Buchdrucker Gerhard Lange und Rosalie, geb. Scherf, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7115 A — Kfm. Angestellter Josef Dehler und Elise, geb. Hein, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7116 A — Kaufmann Dieter Beutelschmidt und Hannelore, geb. Schimanowski, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7117 A — Kaufmann Wolfgang Schubert und Pauline, geb. Wenz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7118 A — Postbeamter Arthur Franz Julius Peschke und Dr. med. Margarete Minna Maria, geb. Fenner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7119 A — Kaufmann Walter Pfaff und Hildegard, geb. Leissner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7120 A — Kaufmann Arthur Riedel und Selma, geb. Seelig, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7121 A — Arzt Walter Ernst Wilh. Hoffmann und Gertraude Ursula, geb. Ball, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7122 A — Maurermeister Lothar Köhler und Marie Helene, geb. Klohmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 17. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7123 A — Sänger Wilhelm Hagara und Louise Eleonore Anna, verw. Gack, geb. Spitaler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7124 A — Schneidermeister Armin Nawrath, Frankfurt (Main), und Gertrud, geb. Rother, Berlin:

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7125 A — Direktor Paul Anton Georg Müller und Martha Maria Katharina Friederike, geb. Schmid, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7126 A — Diplom-Landwirt Wilh. Völling und Johanna, geb. Holzhauser, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7127 A — Regierungsvermessungsamtmannt Paul Robert Masuch und Elisabeth Margarete, geb. Klink, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7128 A — Rektor i. R. Karl Georg Ebel und Erika Albertine, geb. Schäfer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7129 A — Architekt Helmut Rom-eick und Annemarie, geb. Sievert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7130 A — Kaufmann Johann Joseph Weissenberger und Edith, geborene Schwammenhöfer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7131 A — Kaufmann Walter Kontny und Helene, geb. Ratajczak, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7132 A — Dipl.-Kaufmann Carlheinz Alois Sendelbach und Edith Doris Katharina, geb. Bauer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 16. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7133 A — Niederlassungsleiter Dr.-Ing. Alois Schreyer und Anna, geb. Daffner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7134 A — Kaufmann August Ruppel und Elsa, geb. Untied, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7135 A — Kaufm. Angestellter Kurt Brehm und Elisabeth Frieda, geb. Demus, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7136 A — Rechtsanwalt Dr. Eugen Wildermuth und Georgette, geb. Illing, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7137 A — Autofuhrhalter Hugo Weigle und Grete, geb. Ebler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7138 A — Facharzt für innere Medizin Dr. med. Helmut Nauhaus und Hildegard, geb. Pape, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7139 A — Diplomkaufmann Dr. jur. Rudolf Tischer und Maria Magdalena, geb. Zink, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1958 besteht Gütertrennung.

73 GR 7140 A — Rentner Ludwig Burkart und Maria, geb. Dumm, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7141 A — Bundesbahnnamtmann Hubert Schiffmann u. Christine, geb. Vermasen, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7142 A — Kaufmann Otto Heinsdorf und Helene, geb. Wolff, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7143 A — Wirtschaftsprüfer Dr. Christian Gutberlet u. Susanne, geb. Säbler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 13. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7144 A — Spediteur Heinrich Schmidt und Ottilie, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7145 A — Steuerberater Dr. Friedrich Wilhelm Schack und Elisabeth Dora, geb. Schack, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7146 A — Geschäftsführer Robert-Dieter Moessner und Liesbet Elfriede Anna, geb. Zdunek, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1958 besteht Gütertrennung.

73 GR 7147 A — Speditionskaufmann Horst Max Otto Lieberoth-Leden und Felizitas Paula Ottilie, geb. Ritgen, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7148 A — Kaufmann Wilh. Schäfer und Leonie, geb. Dorner Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7149 A — Metzgermeister Theodor Moll und Ursula, geb. Sannert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7150 A — Kaufmann Erich Karl-Horst Schwitzing und Ingeborg Lucie, geb. Pötzscher, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7151 A — Kaufmann Karl-Heinz Richard Walther und Elsa Frieda Helene, geb. Wahl, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7152 A — Bauingenieur Kurt Hans Seifert und Krista Ilse, geb. Berger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7153 A — Praktischer Arzt Dr. med. Karl Sprado und Thea, geb. Dantscher, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7154 A — Kaufmann Peter Konrad Mehl und Margarete, geb. Höhner, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7155 A — Stukkateur Friedrich Hinkel und Berta, geb. Leconte, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7156 A — Zahnarzt Heinrich Henning und Margarete, geb. Möller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7157 A — Kaufmann Claus Wilh. Habicht und Helga Maria, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7158 A — Hoteldirektor Fritz Lütters und Lieselotte, geb. Seemann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7159 A — Kaufmann Karl Sassmann und Johanna Katharina Maria, geb. Müller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7160 A — Rechtsanwalt und Notar Hans Eigel und Käthe, geb. Reinert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7161 A — Regierungsrat Gustav von Poremsky u. Mathilde, geb. Romach, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7162 A: Präsident der Deutschen Bundespost Dr. Heinz Hohner und Rosemarie, geb. Braun, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7163 A: Diplomingenieur Dr. Ing. E. h. Herbert Kind und Eva, geb. Roedel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 3. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7164 A: Verwaltungsangestellter Albert Staudt u. Auguste, geb. Hell, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7165 A: Disponent Kurt Löffler und Gerlinde, geb. Böttcher, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7166 A: Kaufmann Ernst Friedrich Hermann Kröger und Helene, geb. Brandt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7167 A: Kaufmann Johannes Krell u. Hildegard, geb. Beier, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7168 A: Kaufmann Karl Eduard Fensterer und Herta Marie, geb. Möller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7169 A: Stadtoberinspektor i. R. Hermann Bücher und Agnes, geb. Wünsche, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7170 A: Kaufmann Uwe Mewes und Paula, geb. Selinger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 6. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7171 A: Facharzt Dr. med. Jakob Volhard und Ruth, geb. Braun, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 16. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7172 A: Bankdirektor a. D. Karl Kepp und Martha Gertrud Elsa, geb. Jochmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7173 A: Holzkaufmann Gerhard Kreuzinger u. Herta, geb. Schneider, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7174 A: Metalldruckermeister Werner Blumenthal u. Anne, geb. Greiff, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7175 A: Bankbeamter Erich Oskar Huhn und Katharina, geb. Fiedler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73

3412

GR 1008 — 22. 9. 1958 — Zisper, Otto, Buchhalter, und Josefine, geb. Vogel, in Bronzell, Krs. Fulda:

Durch notariellen Vertrag vom 25. August 1958 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

GR 1009 — 26. 9. 1958 — Bleuel, Anton, Schreinermeister in Fulda-Neuenberg, und Klara, geb. Schreiner:

Durch notariellen Vertrag vom 16. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1010 — 26. 9. 1958 — Okon, Gerhard, Architekt in Fulda, und Annemarie, geborene Bernard: Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 / BGBl. I S. 609).

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

3413

GR 188 — Eheleute Ludwig Leyh, Kaufmann in Gelnhausen und Edeltraud, geb. Kasimir:

Durch Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 17. 9. 1958 Amtsgericht

GR 189 — Eheleute Otto Mühlner, kaufm. Angestellter in Neuses, und Melanie Maria, geb. Schöppner:

Durch Erklärung der Ehefrau vom 19. 6. 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 17. 9. 1958 Amtsgericht

GR 190 — Eheleute Roland Manfred Poser, Apotheker in Gelnhausen, und Hildegard Anneliese, geb. Kleine:

Durch Erklärung des Ehemannes vom 24. 6. 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes v. 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 26. 9. 1958 Amtsgericht

3414

GR 334 A — In unserem Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Peter Klink in Büttelborn und Waltraud Elsbeth, geb. Stenzel. Gemäß Erklärung v. 28. 6. 1958 — Urkundenrolle Nr. 1163/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 25. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 333 A — In unserem Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Hans Bruno Meffert, Bauingenieur in Walldorf, Flughafenstraße 15, und Else Dorothea, geb. Herzberger. Gemäß Erklärung v. 30. 6. 1958 — Urkundenrolle Nr. 1182/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 19. 9. 1958 **Amtsgericht**

3415

GR 25 a — Bau-Ing. Georg Horst in Grünberg, Krs. Gießen, und dessen Ehefrau Elisabeth Horst, geb. Bock in Grünberg:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 26 a — Fabrikant Karl Jakob Repp in Grünberg, Krs. Gießen, und dessen Ehefrau Leonie Repp, geb. Schellhaas in Grünberg:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 27a — Bergassessor a. D. Friedrich Weiß in Nieder-Ohmen, Kr. Alsfeld (Hess.), und dessen Ehefrau Wilhelmine Weiß, geb. Nenzenling, in Nieder-Ohmen:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 28a — Landwirt Ludwig Schillinger in Queckborn, Krs. Gießen, und dessen Ehefrau Lieselotte Schillinger, geb. Albach, in Queckborn:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 29a — Bauunternehmer Karl Tröller in Nieder-Ohmen, Kr. Alsfeld und dessen Ehefrau Elisabeth Tröller, geb. Wagner in Nieder-Ohmen:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 30a — Dr. med. Friedrich Müller in Grünberg, Krs. Gießen, und dessen Ehefrau Hildegard Müller, geb. Schlotzhauer in Grünberg:

Nach der am 31. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten

in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 31a — Molkereibesitzer Wilhelm Seim in Weickartshain, Krs. Gießen, und dessen Ehefrau Ottilie Seim, geb. Scharmann in Weickartshain:

Nach der am 25. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 32a — Fabrikant Ewald Repp in Grünberg, Krs. Gießen und dessen Ehefrau Ingeborg Repp, geb. Dausmann in Grünberg:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 33a — Mechaniker Heinz Merz in Merlau, Krs. Alsfeld, und dessen Ehefrau Hedwig, geb. Kröner in Gräfeneck b. Weilburg, Siedlung:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 34a — Architekt Otto Adam Schmidt in Nieder-Ohmen, Kr. Alsfeld (Hessen) und dessen Ehefrau Margarethe Schmidt, geb. Weiß in Nieder-Ohmen:

Nach der am 25. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 21. 8. 1958 **Amtsgericht**

GR 35a — Zahnarzt Dr. Walter März in Grünberg, Krs. Gießen und dessen Ehefrau Ilse März, geb. Hein in Ober-Rammingen Nr. 29 (Schwaben):

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 8. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 36a — Polizeihauptwachtmeister Otto Schäfer in Nieder-Ohmen, Krs. Alsfeld und dessen Ehefrau Anni Schäfer, geb. Stiehler in Nieder-Ohmen:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 8. 9. 1958 **Amtsgericht**

GR 37a — Bäckermeister Heinrich Theodor Triebert in Merlau, Kr. Alsfeld und dessen Ehefrau Frieda, geb. Erb in Merlau, Kr. Alsfeld:

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung. (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Grünberg, 24. 9. 1958 **Amtsgericht**

3416

GR 195 — Nach der am 27. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. II Gleichberechtigungsgesetz soll für die Ehe der Eheleute Peter Alois

Bauer, Bauunternehmer, und Auguste, geb. Müller in Elz, Wilhelmstr. 11a Gütertrennung gelten.

Hadamar, 4. 7. 1958 **Amtsgericht**

3417

Durch Erklärung gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht in folgenden Ehen Gütertrennung:

GR 134 A — Metzgermeister Gustav Winter und Martha, geb. Müller, in Usseln, Korbacher Straße 11,

GR 135 — Landwirt Karl Brühne und Anna, geb. Grebe, in Mühlhausen Nr. 57,

GR 135 A — Bundesbahnoberzugführer Wilhelm Schneider und Marie, geb. Manegold in Korbach, Markerbreite 13,

GR 136 — Kaufmann Friedrich Rest und Lieselotte, geb. Braesch, in Korbach, Südwahl 17,

GR 136 A — Landwirt Friedrich Schütz und Emmi, geb. Scherf, in Höringhausen, Kirchstraße 1,

GR 137 — Schlosser Paul Umbach und Annemarie, geb. Weige, in Höringhausen, Mittelstraße 7,

GR 137 A — Uhrmacher und Optiker Wilhelm Köhler und Erna, geb. Mankus, in Korbach, Arolser Landstraße 2,

GR 138 — Zimmermeister Karl Freund und Lieselotte, geb. Schaub, in Korbach, Skagerakstraße 4,

GR 138 A — Landwirt Friedrich Grosche u. Auguste, geb. Stracke, in Rhadern Nr. 32,

GR 139 — Landwirt Wilhelm Baldamus und Margarethe, geb. Bier, in Lengefeld Nr. 19,

GR 139 A — Kaufmann Helmut Ueberson und Renate, geb. Keil, in Korbach, Langermarkweg 19,

GR 140 — Kaufmann Werner Henrich und Elli, geb. Streiter, in Korbach, Arolser Landstraße 10,

GR 140 A — Bauunternehmer Friedrich Kleine und Emma, geb. Pohlmann, in Korbach, Briloner Landstraße 25,

GR 141 — Landwirt Christian Weidemann und Anna, geb. Weidemann, in Sudeck Nr. 7,

GR 141 A — Landwirt Christian Fischer und Frieda, geb. Heinemann, in Flechtdorf Nr. 29,

GR 142 — Landwirt Friedrich Schmal und Thea, geborene Bülow, in Sachsenhausen, Luisenstraße 8,

GR 142 A — Kaufmann Heinrich Stede und Friederike, geb. Schlömer, in Willingen/Stryck Nr. 14.

Korbach, 27. 9. 1958 **Amtsgericht**

3418

GR 289 — 29. 9. 1958 — Eheleute Kaufmann Eugen Hermann Franke, und Helene, geb. Hollmann, verw. Bogner, Limburg (Lahn).

GR 290 — 29. 9. 1958 — Eheleute Optikermeister Heinz Rosenbaum, und Ingeborg, geb. Wolff, Limburg (Lahn).

GR 291 — 29. 9. 1958 — Eheleute Rechtsanwalt Fridolin Schardt, und Hedwig, geb. Hüfner, Limburg (Lahn).

Durch Erklärung gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht, Limburg (Lahn)

3419

Neueintragung

GR IV Nr. 11: Rudolf Stanzel, Industriekaufmann, und Ehefrau Elfriede, geb. Müller, Erbach i. O.:

Durch Erklärung vom 1. 2. 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 23. 9. 1958 **Amtsgericht**

Neueintragung

GR IV Nr. 12: Alfred Glanster, Mechanikermeister, und Ehefrau Maria, geb. Dingeldein, Michelstadt:

Durch Erklärung vom 26. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 23. 9. 1958 **Amtsgericht**

Neueintragung

GR IV Nr. 13: Jakob Wilhelm Wegel, Bildhauer, und Ehefrau Anna, geb. Hegny, Erbach i. O.:

Durch Erklärung vom 18. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 23. 9. 1958 **Amtsgericht**

Neueintragung

GR IV Nr. 14: Friedrich, Riede, Fabrikdirektor, und Ehefrau Helene, geb. Bernhardt, wohnhaft in Michelstadt:

Durch Erklärung vom 23. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 23. 9. 1958 **Amtsgericht**

Neueintragung

GR IV Nr. 15: Franz Josef Schäfer, Konditor, und Ehefrau Katharina, geb. Schäfer, wohnhaft in Bullau:

Durch Erklärung vom 18. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 23. 9. 1958 **Amtsgericht**

3420

GR S. 220: Landwirt u. Schuhmachermeister Konrad Heinrich Berg und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Krämer, in Wahlshausen, Haus Nr. 35:

Durch Vertrag vom 28. Juli 1958 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht den Eheleuten gemeinsam zu. Nach dem Tode eines Ehegatten wird die Gütergemeinschaft von dem überlebenden Ehegatten und den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt.

Amtsgericht Neukirchen, Zweigstelle Oberaula, 29. 9. 1958

3421

In diesen Ehen gilt Gütertrennung:

GR 106 — Gustav Strietzel, Kaufmann, in Schlüchtern und Ursula, geb. Stier,

GR 107 — Peter Müller, Direktor, in Schlüchtern und Gertrud, geb. Stein-Vollgraf,

GR 108 — Konrad Herzog, Land- und Gastwirt in Hutten, und Maria, geb. Tippe,

GR 109 — Rudolf Hoffmann, Schreinermeister in Hutten, und Viktoria, geb. Kudlik.

Schlüchtern, 24. 9. 1958 **Amtsgericht**

3422

GR 28 — Rentner Adam Höhn und Berta Höhn, geb. Gilmer, Steinau, Kreis Schlüchtern:

Die Eheleute leben in Gütertrennung.

Steinau, 26. 9. 1958 **Amtsgericht**

3423

GR 290 am 26. 9. 1958 — Kaufmann Karl Bauer und Meta, geb. Salziger, in Weilburg:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 des Gleichber.Ges. vom 18. 6. 1957).

Amtsgericht Weilburg

GR 291 am 26. 9. 1958 — Rentner Werner Stelter und Elfriede, geb. Heimeier, in Weilburg:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 des Gleichber.Ges. vom 18. 6. 1957).

Amtsgericht Weilburg

GR 292 am 26. 9. 1958 — Landwirtschaftsmeister Ludwig Feiling und Elfriede, geb. Hardt, in Bernbach:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 des Gleichber.Ges. vom 18. 6. 1957).

Amtsgericht Weilburg

GR 293 am 26. 9. 1958 — Studienrat Alfred Nungesser in Weilburg und Charlotte, geb. Bück, in Geislingen, Krs. Balingen:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 des Gleichber.Ges. vom 18. 6. 1957).

Amtsgericht Weilburg

GR 294 am 29. 9. 1958 — Versicherungskaufmann Joachim Wierzgalla und Ruth, geb. Zülecke, in Weilburg:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 des Gleichber.Ges. vom 18. 6. 1957).

Amtsgericht Weilburg

3424

GR 81 — Installateur Heinrich Frank und Frieda Margarethe, geb. Wennel, in Marköbel:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Windecken, 30. 9. 1958 **Amtsgericht**

3425

Vereinsregister

Neueintragung

VR 57 — 3. Oktober 1958: Kleintierzuchtverein 1912 in Groß-Zimmern.

Amtsgericht Dieburg

3426

VR 196 — In unser Vereinsregister wurde heute eingetragen: Tisch-Tennis-Club e. V. Mörfelden: Mörfelden.

Groß-Gerau, 19. 9. 1958 **Amtsgericht**

3427

4 VR 212 — 14. August 1958: Motor-Sport-Club Niederrodenbach e. V. (DMV) in Niederrodenbach.

Amtsgericht Hanau (Main)

3428

Neueintragung

5 VR 142 — 26. September 1958: Ostakademie Königstein e. V., Königstein (Ts.) Die Sitzung ist vom 19. 5. 1958.

Amtsgericht Königstein (Taunus)

3429

VR 15: Verkehrsverein Steinau, Kr. Schlüchtern. Vorstand ist jetzt Uhrmachermeister Fritz Gentner in Steinau.

Steinau, 29. 9. 1958 **Amtsgericht**

3430

3 VR 91: Verein für Rasensport Wickenrode 1927 in Wickenrode.

Witzenhausen, 15. 9. 1958 **Amtsgericht**

3431

Vergleiche — Konkurse

6 N 81/56 — Konkursverfahren Max Grothaus, Fabrikant in Darmstadt - Eberstadt, Heidelberger Landstraße 238.

Beschluß

Termin zur Gläubigerversammlung wird bestimmt auf **Dienstag, den 21. Oktober 1958, vorm. 9.15 Uhr**, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12. Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Bericht des Konkursverwalters. 3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse.

Darmstadt, 25. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 6**

3432

6 N 84/56 — Konkursverfahren Frau Franziska Klepsch, geb. Grothaus, in Darmstadt-Eberstadt, Heidelberger Landstr. 238.

Beschluß

Die Auslagen des Konkursverwalters werden auf 13,10 DM festgesetzt. Termin zur Gläubigerversammlung wird bestimmt auf **Dienstag, d. 21. Oktober 1958, vorm. 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12. Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Schlußrechnung und Bericht des Konkursverwalters. 3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse. Bericht und Rechnung des Konkursverwalters sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Darmstadt, 25. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 6**

3433

6 N 80/56 — Konkursverfahren Textiltechniker Walter Klepsch in Darmstadt-Eberstadt, Heidelberger Landstraße 238.

Beschluß

Die Auslagen des Konkursverwalters werden auf 1,40 DM festgesetzt. Termin zur Gläubigerversammlung wird bestimmt auf **Dienstag, den 21. Oktober 1958, vormittags 9,30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12. Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Schlußrechnung und Bericht des Konkursverwalters. 3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse. Bericht und Rechnung des Konkursverwalters sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Darmstadt, 25. 9. 1958 **Amtsgericht, Abt. 6**

3434

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Homolka, Inhaber der Firma Anton Homolka, Lederhandschuhfabrik und Färberei, Friedberg (Hessen), Burg 24, soll die Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind etwa 6700,— DM. Zu berücksichtigen sind 157 438,90 DM. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Friedberg (Hess.), Zimmer 26, niedergelegt.

Friedberg (Hessen), 30. 9. 1958

Der Konkursverwalter
Beck
Rechtsanwalt und Notar

3435**Beschluß:**

2 VN 2/58: Nach Rücknahme des Antrags auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Firma Siegel & Tiefenbach, Siti-Apparatebau KG. in Liquidation, Mörfelden, werden die Bestellung des vorläufigen Vergleichsverwalters und die Verfügungsbeschränkungen hiermit aufgehoben.

Groß-Gerau, 24. 9. 1958 **Amtsgericht**

3436**Beschluß**

81 VN 21/58: Der Kaufmann Alfred Mechler, Frankfurt (Main)-Rödelheim, Radilostraße 8, Maschinen - Baugeräte - Werkzeuge, hat durch einen am 25. 9. 1958 eingereichten Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt. Der Rechtsanwalt von Heimburg, Frankfurt (Main), Lindenstraße 32, Tel. 77 22 66, wird zum vorläufigen Verwalter ernannt.

Frankfurt (Main), 29. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3437**Beschluß**

81 N 159/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kent O. W. Wahle, Geschäftsführer, Frankfurt (Main), Palmengartenstraße 1/3 wird zur Anhörung über die Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 Konk. O.) und zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf den 31. Oktober 1958, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt Main, Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 26. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3438

81 N 136/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rolf Schramm, Frankfurt am Main, Eduard-Rüpel-Straße 7, Inhaber der Firma Doris Schramm, Fabrikation modischer Damenbekleidung, Großhandel und Vertrieb derselben, Ffm.-Rödelheim, Eschborner Landstr. 172, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Die verteilbare Masse beträgt DM 3215,28 (i. Worten: DM Dreitausendzweihundertundfünfzehn ^{28/100}), wovon die Gerichtskosten, sowie die Vergütung und Auslagen für Konkursverwalter und Gläubigerausschuß in Abzug zu bringen sind.

Die Vorrechtsforderungen der Rangklasse I/II der Konkurstabelle belaufen sich auf DM 3000,—, die nicht bevorrechtigten Forderungen auf DM 133 734,59.

Der Konkursverwalter
Hans Wicke, Rechtsanwalt

3439

4 VN 1/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Albert Burgmer OHG., Matratzenfabrik in Kilianstädten, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hapbach in Hanau, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Anhörung über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters Termin auf Mittwoch, den 12. November 1958, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Hanau, Nußallee 17, Erdgeschoß, Zimmer 13, anberaumt. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 4700,— DM festgesetzt. Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Hanau (Main), 22. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 4

3440

50 (17) N 47/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ferdinand Boos, Kassel, Akazienweg 25a, Inhaber der nicht eingetragenen Firma gleichen Namens, Großhandel in Friseurbedarf und Textilien, ebenda, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke auf den 28. Oktober 1958, 11.15 Uhr, bei dem Amtsgericht in Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Block A, Zimmer 68, bestimmt. Die Vergütung des Konkursverwalters, Rechtsanwalt Dr. Klose, Kassel-Oberzwehren, ist auf 415,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 55,— DM festgesetzt worden.

Kassel, 30. 9. 1958

Amtsgericht

3441

7 N 3/57: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 3. 2. 1957 verstorbenen Katharina L e h r, Allna, wird nach Abhaltung des Schlußtermins a u f g e h o b e n.

Marburg (Lahn), 26. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3442

7 N 3/58: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Heinrich Weber, Inh. der Bau- und Möbelschreinerei Jakob Weber, Marburg (Lahn), Am Schlag 11, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Marburg (Lahn), 18. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3443

7 N 13/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Luise K e u t n e r, Inh. der Firma Hartmann Keutner, Bau- und Möbelschreinerei, fr. Cappel, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Marburg (Lahn), 30. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3444

VN 2/58 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des kunstgewerblichen Zeichners und Kaufmanns Karl-Heinz Richter, Michelstadt, Häfnergasse 13, ist am 22. September 1958, 10 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Dipl.-Kaufmann Behne, Michelstadt, Goethestraße 12. Vergleichstermin am 16. Oktober 1958, 14,30 Uhr vor dem Amtsgericht in Michelstadt, Erbacher Straße 9, Erdgeschoß, Zimmer 11. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden (zweifach). Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen — und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen — sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Michelstadt, 22. 9. 1958

Amtsgericht

3445

VN 1/58: Die Firma Textilhaus Kempf KG. — persönlich haftende Gesellschafterin Frau Christina Kempf, geb. Frank, in Camberg, Marktplatz 9, hat durch einen am 2. Oktober 1958 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens Rechtsanwalt Bruno Schenk in Camberg, Frankfurter Straße, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Limburg (Lahn), 3. 10. 1958

Amtsgericht Limburg
Zweigstelle Camberg

3446

7 VN 7/58 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der Firma Rixen u. Co. K.G., Herstellung und Vertrieb von Schuhwaren in Offenbach (Main), Louisenstraße 82, wurde am 29. September 1958, 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vergleichsverwalter: Gerichtstaxator Carl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 58—62. Vergleichstermin: **Mittwoch, den 29. Oktober 1958, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Offenbach (M.), Kaiserstraße 16, I. Stock, Zimmer 37. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald bei dem unterzeichneten Gericht in doppelter Ausfertigung unter Angabe des Betrages und des Grundes und mit den bis

zum Tage der Vergleichseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens und seine Anlagen sind auf der Geschäftsstelle des Gerichts, Zimmer 38, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Die angeordneten Verfügungsbeschränkungen bleiben aufrechterhalten.

Offenbach (Main), 29. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3447

7 N 70/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Einzelhandelskaufmanns Hans Müller, Offenbach (M.), Taunusstr. 35, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über den Antrag der Konkursverwalterin auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse bestimmt auf: **Freitag, den 14. November 1958, 8¼ Uhr, Zimmer 37**, vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), I. Stock, Kaiserstraße 16.

Offenbach (Main), 29. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3448

7 N 96/1952 — Konkursverfahren: Das am 19. März 1953 über das Vermögen des Walter Seibert, Möbelfabrik in Neu-Isenburg, Frankfurter Straße 139, eröffnete Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 26. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3449

7 VN 6/57: In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des Friedrich Hugo Knecht, Feintäschner in Offenbach (Main)-Bieber, Wikingerstraße 47, werden auf Antrag des Schuldners und im Einverständnis mit dem Vergleichsverwalter die angeordneten Verfügungsbeschränkungen aufgehoben.

Offenbach (Main), 30. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

3450

VN 1/58: Die Firma Wilhelm Lenz, Märkische Rohrwalzerei und Zieherei, GmbH., in Reichelsheim (Odw.), hat durch einen am 25. 9. 1958 eingegangenen Antrag zur Abwendung des Konkurses die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Gesellschaftsvermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung ist bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens der Helfer in Steuersachen, Herbert Engelhardt, in Groß-Bieberau (Odw.), zum vorläufigen Verwalter bestellt worden.

Reichelsheim (Odenwald), 2. 10. 1958

Amtsgericht

3451

N 3/58: Über das Vermögen der Gemischtwaren-Händlerin Anna Pröhl, geb. Tauber, in Stornfels, Kreis Büdingen, wird heute am 1. Oktober 1958, 15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Nommel, in Nidda. Konkursforderungen sind bis zum 25. Okt. 1958, beim Gericht in 2 Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung

bezeichneten Gegenstände — und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 12. November 1958, 9,30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 1.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Oktober 1958 anzeigen.

Schotten, 2. 10. 1958

Amtsgericht

3452

4 VN 3/58: Frau Ursula Schroeder, Alleininhaberin der handelgerichtlich nicht eingetragenen Firma U. Schroeder, Kleiderfabrik, in Großalmerode, Kasseler Str. 51, hat am 17. Sept./2. Oktober 1958 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt. Vorläufiger Verwalter ist der Helfer in Steuersachen Hans Salomon in Großalmerode, Gerichtstraße 11.

Witzenhausen, 3. 10. 1958

Amtsgericht

3453

Beschluß

4 N 6/51: Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns August Nadler in Witzenhausen wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Witzenhausen, 9. 9. 1958

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3454

3 K 1/1958: Das im Grundbuch von Ober-Mörlen, Band 64, Blatt 3110 eingetragene Erbbaurecht auf den Grundstücken Ober-Mörlen, Band 30, Blatt 1806:

lfd. Nr. 702, Flur 1, Nr. 552, Grünland von der neuen Brücke bis Schwimmbad, 8,94 Ar,

lfd. Nr. 703, Flur 1, Nr. 553, Grünland (Obstbaumstück) daselbst, 8,42 Ar,

Ober-Mörlen, Band 33, Blatt 1996, lfd. Nr. 109, Flur 1, Nr. 554, Grünland (Obst-

baumstück), Von der neuen Brücke bis Schwimmbad, 7,42 Ar,

das z. Z. der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerkes auf den Namen des a) Kaufmann Max Banet in Bad Nauheim, zu ½, b) seine Ehefrau Gisela, geb. Halm, daselbst zu ½ eingetragen war, soll am Mittwoch, den 14. Januar 1959, vormittags 9.30 Uhr durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle Bad Nauheim, Parkstraße 17, Zimmer 2 (Sitzungssaal), versteigert werden. Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. Januar 1958 in das Grundbuch eingetragen worden.

Beglaubigter Grundbuchauszug und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen können in der Geschäftsstelle des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden.

Die etwaigen Bieter werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf Verlangen eines der Beteiligten in Höhe von 10% des Bargebots Sicherheit zu leisten haben. Verkehrswert der Grundstücke 25 395,— DM. Die Festsetzung ist rechtskräftig.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Nauheim, 30. 9. 1958

Amtsgericht

3455

Beschluß

K 2/58: Die Zwangsversteigerung des im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 100, Blatt 3674 eingetragenen Grundstücks:

Lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 43, Flurstück 1418/818, Lieg.-B. 2153, Geb.-B. 39, Hof- und Gebäudefläche, Walchengasse 9, 1,93 Ar, soll am 26. November 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung erfolgen. Eingetragene Eigentümer am 6. Februar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Heinz Schott in Rohrbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 103 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 19. 9. 1958

Amtsgericht

3456

K 2/58: Die im Grundbuch von Hetzbach, Band 7, Blatt 350, eingetragenen Grundstücke:

Nr. 1, Gemarkung Hetzbach, Flur 4, Flurstück 112/1, Hof- und Gebäudefläche, Unterdorf 58, 23,12 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Hetzbach, Flur 4, Flurstück 11/2, Lagerplatz, Am kalten Brunnen, 9,70 Ar, sollen am Donnerstag, den 18. Dez. 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hirschhorner Str. 58, Zimmer 13, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. Januar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Sophie Gerbig, geb. Ihrig Ehefrau des Wilhelm Gerbig, in Hetzbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: Nr. 1: 18 000,— Deutsche Mark, Nr. 2: 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Beerfelden, 2. 10. 1958

Amtsgericht

3457**Beschluß**

5 K 9/58: Das im Grundbuch von Butzbach, Band 34, Blatt 1680 eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 4, Gemarkung Butzbach, Flur I, Flurstück 429/5, Bauplatz Weiseler Straße, 8,11 Ar,

soll am Donnerstag, den 11. Dezember 1958, 15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Butzbach, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 14. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Ludwig Mandler in Nieder-Weisel. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 32.440,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Butzbach, 3. 10. 1958 Amtsgericht

3458

K 16/57: Die im Grundbuch von Biedenkopf, Band 11, Blatt 431, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 4, Gemarkung Biedenkopf, Flur 1, Flurst. 580, Lieg.-Buch 481, Gartenland, im Mühlweg, 0,49 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Biedenkopf, Flur 7, Flurst. 631/301, Lieg.-Buch 481, Grünland, auf den kleinen Erlen, 1,20 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Biedenkopf, Fl. 1, Flurst. 3677/857, Lieg.-Buch 481, Gartenland, in den großen Pfützen, 1,82 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Biedenkopf, Fl. 7, Flurst. 303, Lieg.-Buch 481, Grünland, auf den kleinen Erlen, 2,87 Ar,

lfd. Nr. 23, Gemarkung Biedenkopf, Fl. 7, Flurst. 299, Lieg.-Buch 481, Wiese, auf den kleinen Erlen, 8,69 Ar,

sollen am Montag, dem 5. Januar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 24. Juni 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Hampel in Biedenkopf.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Biedenkopf, 25. 9. 1958 Amtsgericht

3459**Beschluß**

6 K 50/57: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI, Band 13, Blatt 697, eingetragenen Grundstücke lfd. Nrn. 1 und 2,

Flur 4, Nr. 638, Hof- und Gebäudefläche, Elisabethenstraße 51, 6,48 Ar,

Flur 4, Nr. 639, Gartenland daselbst, 7,14 Ar,

und zwar hiervon jeweils die $\frac{1}{2}$ -Miteigentumsanteile des Mechanikermeisters Adalbert Kempa. Betrag der Schätzung: $\frac{1}{2}$ von 46.150,— DM, sollen am Donnerstag, den 27. November 1958, vorm. 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenpl. 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 27. September 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mechanikermeister Adalbert Kempa in Darmstadt zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 23. 9. 1958 Amtsgericht

3460**Beschluß**

6 K 29/58: Das im Grundbuch vom Pfungstadt, Band 27, Blatt 2166 eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 54, Gemarkung Pfungstadt, Flur 5, Flurstück 7, Ackerland Lagerplatz die Gebäcker, 36,32 Ar — Betrag der Schätzung: DM 2400,—, soll am Donnerstag, den 27. November 1958, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 8. August 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Georg Vögler I. und Dorothea, geb. Frankenberger, beide in Pfungstadt, im Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft. Zur Abgabe von Geboten ist die Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Darmstadt erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 23. 9. 1958 Amtsgericht

3461**Beschluß**

6 K 9/58: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 19, Blatt 896, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Darmstadt,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 213/2, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 11, 1,99 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurst. 213/1, Gartenland daselbst, 0,69 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 214, Gartenland daselbst, 0,60 Ar

Betrag der Schätzung: 35.800,— DM,

sollen am Donnerstag, den 27. November 1958, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 8. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Dr. Friedrich Best, Chemiker in Darmstadt, 2. Verwaltungsdirektor i. R. Hermann Arthur Friedrich Tag in Mainz-Kostheim, 3. Landwirt Rudolf Best in Chicago (USA), 4. Stadt Darmstadt, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 18. 9. 1958 Amtsgericht

3462

8 K 28/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Wissenbach, Band 20, Blatt 786, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 15. Dezember 1958, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Untertor 8, Zimmer Nr. 18, versteigert werden:

lfd. Nr. 7, Flur 15, Flurstück 164, Hof- u. Gebäudefläche vorm. Siegewald, 5,40 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 15, Flurst. 165, Hof- und Gebäudefläche vorm Siegewald, 5,38 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 15, Flurst. 166, Hof- u. Gebäudefläche vorm Siegewald, 5,54 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. November 1957 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Maurer Heinrich Bastian in Wiesenbach (Dillkreis) eingetragen. Der Verkehrswert der Grund-

stücke ist durch Beschluß vom 5. 2. 1958 auf 72.347,60 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 23. 9. 1958 Amtsgericht

3463

8 K 31/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frohnhausen, Band 10, Blatt 389B eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 11. Dezember 1958, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Untertor 8, Zimmer 18, versteigert werden.

Nr. 1, Flur 3, Flurstück 260/1, Grundsteuer Mutterrolle Nr. 20, Gebäudesteuerrolle Nr. 477, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 8a, 3,54 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Dezember 1957 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Schneidermeister Walter Müller in Frohnhausen eingetragen. Der Wert des Grundstücks ist auf 25.000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 19. 9. 1958 Amtsgericht

3464

8 K 2/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dillenburg, Band 38, Blatt 1483, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 18. Dezember 1958, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Untertor 8, Zimmer 22, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 46, Parz. 178/18, bebauter Hofraum, Haigerer Landstraße 2, 2,32 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 46, Parz. 116/18, Hausgarten daselbst, 2,41 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Januar 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Schuhmacher Hermann Käpfele in Dillenburg eingetragen. Der Verkehrswert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 25. 6. 1958 auf 7600,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 23. 9. 1958 Amtsgericht

3465

84 K 135/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rödelheim, Band 20, Blatt 751 und Band 38, Blatt 1431 eingetragenen Grundstücke; Blatt 751:

lfd. Nr. 7, Flur 35, Flurstück 3/2, Straße, Fuchstanzstraße, 0,30 Ar, lfd. Nr. 8, Flur 35, Flurstück 3/3, Straße daselbst, 0,30 Ar, lfd. Nr. 11, Flur 35, Flurstück 3/6, Straße daselbst, 0,30 Ar, lfd. Nr. 12, Flur 35, Flurstück 3/7, Straße daselbst, 0,30 Ar, lfd. Nr. 15, Flur 35, Flurstück 3/10, Straße daselbst, 0,42 Ar, lfd. Nr. 16, Flur 35, Flurstück 3/11, Straße daselbst, 0,44 Ar, lfd. Nr. 19, Flur 35, Flurstück 3/14, Straße daselbst, 0,41 Ar, lfd. Nr. 20, Flur 35, Flurstück 3/15, Straße daselbst, 0,41 Ar, lfd. Nr. 25, Flur 35, Flurstück 3/28, Straße daselbst, 1,51 Ar, lfd.

Nr. 27, Flur 35, Flurstück 3/57, Bauland daselbst, 1,09 Ar, Blatt 1431: lfd. Nr. 3, Flur 35, Flurstück 3/22, Straße Fuchstanzstraße, 0,32 Ar, lfd. Nr. 5, Flur 35, Flurstück 3/24, Straße daselbst, 0,32 Ar,

sollen am 7. Januar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 28. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eigenheim-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH., Frankfurt (Main). Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf: 1) in Blatt 751: lfd. Nr. 7, 8, 11, 12, = je 240,— DM, lfd. Nr. 15 = 336,— DM, lfd. Nr. 16 = 352,— DM, lfd. Nr. 19 und 20 = je 328,— DM, lfd. Nr. 25 = 1208,— DM und lfd. Nr. 27 = 1308,— DM, Blatt 1431: lfd. Nr. 3 und 5 = je 256,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 22. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 34

3466

84 K 138/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 32, Band 22, Blatt 874 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1 und 2, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 530, Flurstück 17, Hof- und Gebäudefläche, Rembrandstraße 25, Größe 2,92 Ar, und Flurstück 46/12, Hofraum, Rembrandstraße 25, Größe 1,03 Ar, am 7. Januar 1959, um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 29. November 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Otto, Krankenhagen in Frankfurt (Main). Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a, Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 32 000,— und zwar für das Grundstück lfd. Nr. 1 auf DM 29 028,— und das Grundstück lfd. Nr. 2 auf DM 2972,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 17. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 34

3467

84 K 53/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt-Höchst, Band 51, Blatt 1376 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Höchst, Flur 9, Flurstück 517/6, Bauplatz Billtalstraße, jetzt: Wohnhaus Bilkalstr. 40, Größe 9,76 Ar, am 2. Dezember 1958, 13 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer 23, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 25. 3. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Dachdeckermeister Wilhelm Becker, b) dessen Ehefrau Gertrud Becker, geb. Schulze, zu a) und b) in Frankfurt-Höchst, je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf 64 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 20. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 34

3468

84 K 79/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die im Grundbuch von Hofheim, Band 40, Blatt 992 auf den Namen des nachgenannten Miteigentümers eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks lfd. Nr. 6, Gemarkung Hofheim, Flur 40, Flurstück 279, Garten in der Mainau, Größe: 5,30 Ar, am 2. Dezember 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Amtsgericht Frankfurt-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer 23, versteigert werden. Eingetragener Miteigentümer am 20. 5. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Peter Schick IV., Frankfurt-Höchst, Adelonstraße 15, Der Wert der ideellen Hälfte des Grundstücks wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf 1590,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 17. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 34

3469

84 K 101/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Bockenheim, Band 93, Blatt 3646, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Bockenheim, Flur F, Flurstück 410/64, Hof- und Gebäudefläche Adalbertstraße 26, Größe: 7,11 Ar, am 17. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 19. 6. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Spenglermeister Georg Willi K a u t h, Frankfurt (Main). Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf 58 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 8. 9. 1958

Amtsgericht, Abt. 34

3470

Beschluß

K 6/58: I. Die im Grundbuch von Frohnhausen, Band 6, Blatt 220 A eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Frohnhausen:

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurst. 179/122, LB. 34, Holzung, in der alten Struth, 73,87 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurst. 234/122a Ackerland, in der alten Struth, 10,61 Ar, Holzung, 0,65 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 3, Flurst. 14, Ackerland, die Klotzhuthe, 26,49 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 8, Flurst. 56, Ackerland, auf der Höll, 19,44 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 8, Flurst. 77, Grünland, am Mühltriesch 19,95 Ar, Streuwiese 0,40 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 9, Flurst. 319/50, Hof- u. Gebäudefläche im Dorf, 0,11 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 9, Flurst. 50/1, Hofraum, im Dorf, 1,84 Ar,

lfd. Nr. 8 Flur 9, Flurst. 50/2, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf, 0,21 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 9, Flurst. 50/4 GB. 24, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf 19, 7,24 Ar, Gartenland (Obstb.) 2,00 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 12, Flurst. 154/75, Ackerland, im Kalk, 5,80 Ar, Holzung, 1,57 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 14, Flurst. 41, Ackerland, in der Grub, 54,89 Ar,

II. Das im Grundbuch von Friebertshausen, Band 4, Blatt 126, eingetragene Grundstück Gemarkung Friebertshausen:

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurst. 8, LB. 36, Grünland, im Hoßwinkel, 17,20 Ar,

sollen am 9. Januar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gladenbach, Gießener Str. Nr. 27, Zimmer 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 24. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): I. 1a Landwirtschaftsgehilfe Wilhelm Meyer in Frohnhausen, b) dessen Ehefrau Dorothea, geb. Born, daselbst, — je zur Hälfte — II. 2a Landwirtschaftsgehilfe Wilhelm Meyer in Frohnhausen, b) und dessen Braut Dorothea Born, in Oberweimar, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf insgesamt 29 128,20 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Gladenbach, 1. 10. 1958

Amtsgericht

3471

6 K 19/58: Die im Grundbuch von Dornheim, Bezirk Dornheim, Band VII, Blatt 515, eingetragenen Grundstücke, Nr. 2, Gemarkung Dornheim, Flur I, Flurstück 481, Hofreite, Gartenstraße 34, im Ort, 2,17 Ar, Grabgarten daselbst, 2,27 Ar, (Schätzwert: 6868,— DM),

sollen am Freitag, den 5. Dezember 1958, vorm. 9 Uhr, im Bürgermeistereigebäude, in Dornheim — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 8. August 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Friedrich Wilhelm Albrecht, Maurer, zu $\frac{1}{2}$, b) Anna Albrecht, geb. Schildgen, dessen Ehefrau,

Steiglehaber werden darauf hingewiesen, daß auf Antrag $\frac{1}{10}$ des Bargebots als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 2. 10. 1958

Amtsgericht

3472

6 K 2/58: Das am Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Rüsselsheim, Band 82, Blatt 4266, eingetragene Grundstück:

Nr. 1., Gemarkung Rüsselsheim a. M., Flur XV, Flurstück 196, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Straße 69 $\frac{1}{10}$, 18,70 Ar, Schätzwert: 125 000,— DM,

soll am Freitag, den 28. November 1958, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude der Zweigstelle in Rüsselsheim a. M. — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 29. Januar 1958, (Tag des Versteigerungsvermerks): August Trunk, Kaufmann in Rüsselsheim a. Main.

Steiglehaber werden darauf hingewiesen, daß auf Antrag $\frac{1}{10}$ des Bargebots als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 2. 10. 1958

Amtsgericht

3473

51 K 60/58: Am 10. Dezember 1958, 9.30 Uhr, soll beim Amtsgericht, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung das im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 50, Blatt 2070, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 3: Gemarkung Oberkaufungen, Flur 2, Flurstück 331/207, Acker, in der Ibach, Größe: 22,25 Ar, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 16. Juli 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Landwirt und Fuhrmann August Ketteritzsch in Oberkaufungen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 10. 9. 1958

Amtsgericht

3474

5 K 19/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Niederklein, Band 32, Blatt 1053, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Mittwoch, den 5. November 1958, 10.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 6, versteigert werden: Gemarkung Niederklein:

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flst. 94/1, Hof- und Gebäudefläche Mittelgasse, Haus Nr. 80, 3,39 Ar (Wert: 9500,— DM),

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flst. 93, Hof- und Gebäudefläche daselbst, Hs. Nr. 79, 1,78 Ar (5000,— DM),

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flst. 175, Gartenland, die Stichelgärten, 3,95 Ar (500,— DM).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 30. Oktober 1957 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Kaufmann Ernst Baranowsky in Niederklein eingetragen. Der Grundstückswert (Verkehrswert) der genannten Grundstücke ist durch rechtskräftigen Beschluß des Gerichts vom 6. Februar 1958 wie oben angegeben festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kirchhain (Bz. Kassel), 3. 9. 1958

Amtsgericht

3475

5 K 12/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Großseelheim belegenen, im Grundbuch von Großseelheim, Band 18, Blatt 562 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke am **Mittwoch, dem 26. November 1958, 10.30 Uhr** an der Gerichtsstelle, Zimmer 6, versteigert werden:

lfd. Nr. 6, Flur 6, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Helgehausstraße, Haus Nr. 63, 3,10 Ar, Wert 17 000,— DM,

lfd. Nr. 7, Flur 4, Flurstück 51, Grünland, die Triescher, 20,74 Ar, Wert 1867,— DM,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 46, Ackerland, auf der Gemeinde, 19,46 Ar, Wert 1556,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 9, Flur 16, Flurstück 55, Ackerland, auf der Dornhecke, 16,28 Ar, Wert 1628,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 10, Flur 16, Flurstück 42, Gartenland, am Bachgraben, 3,91 Ar, Wert 782,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 11, Flur 32, Flurstück 87/22, Wiese, auf dem Würfel, 45,30 Ar, Wert 3850,— DM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. 4. 1958 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümer war damals der Pflasterer Johann Konrad Kraft in Großseelheim, Haus Nr. 63 eingetragen.

Der Wert der Grundstücke ist gem. §§ 74a, Abs. 5, 101 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß des Landgerichts in Marburg/Lahn vom 30. 8. 1958 — T 327/58 — festgesetzt wie oben angegeben. Die landwirtschaftsrechtliche Genehmigung zur Abgabe von Geboten ist vom Bietenden bei der Abgabe von Geboten dem Gericht vorzulegen zur Vermeidung der Zurückweisung der Gebote. Die Bieter müssen sich sofort um die Bietgenehmigung beim zuständigen Landwirtschaftsamt in Kirchhain bemühen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kirchhain (Bezirk Kassel), 17. 9. 1958

Amtsgericht

3476

5 K 12/58: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 48, Blatt 3427 eingetragene Grundstück:

Nr. 8, Gemarkung Sprendlingen, Flur 10, Flurstück 117/11, Bauplatz, Schlagfeldstraße, 8,09 Ar,

soll am 3. Dezember 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 19. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Luise Elisabeth Eckert, in Sprendlingen, Kr. Offenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen (Hessen), 18. 9. 1958

Amtsgericht

3477

5 K 5/58: Das im Grundbuch von Langen, Band 11, Blatt 998 eingetragene Grundstück:

Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 1, Flurstück 1416/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 20, 3,75 Ar,

soll am 12. November 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 27. 3. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Susanne Liederbach, gesch. Depping, b) Alice Walther, geb. Liederbach, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen (Hessen), 20. 9. 1958

Amtsgericht

3478

K 5/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Würges, Band 29, Blatt 1002 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag, den 12. Dezember 1958, mittags 14 Uhr** an der Gerichtsstelle Camberg, Frankfurter Straße 11, Zimmer 3, versteigert werden. Gemarkung Würges:

lfd. Nr. 1, Ktbl. 70, Parz. 6117, Ackerland Häringsloch, 12,87 Ar,

lfd. Nr. 2, Ktbl. 25, Parz. 2183, Ackerland Schwarze Erde, 15,05 Ar,

lfd. Nr. 3, Ktbl. 25, Parz. 2184, Ackerland Schwarze Erde, 10,30 Ar,

lfd. Nr. 4, Ktbl. 72, Parz. 6333, Ackerland Haide, 13,85 Ar,

lfd. Nr. 5, Ktbl. 52, Parz. 4533, Ackerland Fuchshöhle, 12,50 Ar,

lfd. Nr. 6, Ktbl. 31, Parz. 2852, Ackerland Steinrutsch, 5,91 Ar,

lfd. Nr. 7, Ktbl. 31, Parz. 2853, Ackerland Steinrutsch, 6,01 Ar,

lfd. Nr. 8, Ktbl. 31, Parz. 2851, Ackerland Steinrutsch, 6,04 Ar,

lfd. Nr. 9, Ktbl. 31, Parz. 2850, Ackerland Steinrutsch, 7,69 Ar,

lfd. Nr. 10, Ktbl. 18, Parz. 1533, Grünland mittlere Holzwiesen, 3,82 Ar,

lfd. Nr. 11, Ktbl. 70, Parz. 6063, Acker Wolfskaut, 15,96 Ar,

lfd. Nr. 12, Ktbl. 81, Parz. 64, Acker Alt Rod, 14,73 Ar,

lfd. Nr. 13, Ktbl. 44, Parz. 3945, Acker Vorstücker, 16,56 Ar,

lfd. Nr. 14, Ktbl. 44, Parz. 3946, Acker Vorstücker, 7,50 Ar,

lfd. Nr. 15, Ktbl. 5, Parz. 303, Gartenland Rittmeistergarten, 1,39 Ar,

lfd. Nr. 16, Ktbl. 39, Parz. 30/3413, Ackerland Götterrain, 3,67 Ar,

lfd. Nr. 17, Ktbl. 54, Parz. 4934, Ackerland Bruchrain, 15,32 Ar,

lfd. Nr. 18, Ktbl. 39, Parz. 29/3412, Ackerland Götterrain, 1,71 Ar,

lfd. Nr. 19, Ktbl. 56, Parz. 5051/2, Ackerland Kachel, 5,20 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. 8. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals a) Josef Adam Lewalter aus St. Stefan in Österreich, b) Vermessungsingenieur Walter Lewalter in Frankfurt (Main) in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen.

Der Wert der genannten Grundstücke ist nach § 74a, Abs. 5 ZVG auf insgesamt 6929,— DM festgesetzt worden. Zur Abgabe von Geboten ist die Vorlage der Bietgenehmigung erforderlich, die rechtzeitig vorher bei dem Landwirtschaftsamt in Limburg zu beantragen ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 1. 10. 1958

Amtsgericht Limburg
Zweigstelle Camberg (Nassau)**3479**

K 2/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Camberg Band 32, Blatt Nr. 1087 eingetragenen nachstehend beschriebenen Grundstücke am **Freitag, den 12. Dezember 1958, vormittags 9 Uhr**, an der Gerichtsstelle in Camberg, Frankfurter Straße 11, Zimmer 3, versteigert werden. Gemarkung Camberg:

lfd. Nr. 16, Flur 19, Flurstück 291, Hofraum Bahnhofstraße 39, 38,60 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 19, Flurstück 299, Bauplatz aufm. Girn, 6,78 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 19, Flurstück 300, Bauplatz aufm. Girn, 6,78 Ar,

Der Versteigerungsverm. ist bezügl. des Grundstücks lfd. Nr. 16 am 29. 4. 58 und bezüglich der Grundstücke lfd. Nr. 20 und 21

am 23. 5. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals Gärtner Thomas Lill und dessen Ehefrau Emma, geb. Schneck in Camberg je zur ideellen Hälfte eingetragen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a, Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt worden: lfd. Nr. 16, Flur 19, Flurstück 291 auf 47 440,— DM, lfd. Nr. 20, Flur 19, Flurstück 299 auf 2304,— DM, lfd. Nr. 21, Flur 19, Flurstück 300 auf 2304,— DM, zusammen 52 048,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 1. 10. 1958

Amtsgericht Limburg
Zweigstelle Camberg (Nassau)

3480

Beschluß

K 19/56: Das im Grundbuch von Harle, Band 14, Blatt 513, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Harle, Flur 8, Flurstück 67, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf, Haus-Nr. 60 1/2 = 0,72 Ar,

soll am 3. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Felsberg durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 15. November 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Friedrich, genannt Fritz, Bähr, in Harle. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Melsungen, 24. 9. 1958

Amtsgericht

3481

Beschluß

3 K 10/58: Die im Grundbuch von Geisenheim, Band 15, Blatt 592, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Geisenheim, Flur 17, Flurstück 206, Lieg.-B. 1063, Geb.-B. 366, Hof- und Gebäudefläche, Steinheimer Str. 4, 1,77 Ar,

lfd. Nr. 1a, Gemarkung Geisenheim, Flur 17, Flurstück 205, Geb.-B. zu 366, Gartenland, daselbst, 0,92 Ar,

sollen am 24. November 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüdesheim/Rhein, Feldstr. Nr. 9, Zimmer 12, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragener Eigentümer 5. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Küfer Wilhelm Wolf in Geisenheim. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5021,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 26. 9. 1958 **Amtsgericht**

3482

Beschluß

K 16/58: Die im Grundbuch von Dudenhofen, Band 12, Blatt 683, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 3, Fl. 1, Flst. 10, Bauplatz Mainzer Straße, 4,09 Ar (Wert: 1022,50 DM), lfd. Nr. 4, Fl. 1, Flst. 9, Bauplatz Mainzer Straße, 5,11 Ar (Wert: 1277,50 DM), lfd. Nr. 5, Fl. 1, Flst. 8, Bauplatz Mainzer Straße, 5,20 Ar (Wert: 1300,— DM), lfd. Nr.

6, Fl. 1, Flst. 7, Bauplatz Eisenbahnstraße, 7,13 Ar (Wert: 1782,50 DM),

sollen am Mittwoch, den 26. 11. 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt (Hessen), Klosterhof 2, Zimmer 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 8. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 3. a) Georg Heinrich Walter zu 1/8, b) Katharina Luise Walter, geb. Jäger, dessen Ehefrau, zu 1/8, c) Horst Hans Herbert Kratz, Kaufmann, zu 1/8, d) Ilse Gertrude Kratz, Postangestellte in Hamburg-Bahrenfeld, zu 1/8, 4. Anna Maria Zang, geb. Walter, Ehefrau des Feintäschners Augustinus Zang, zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 28. 10. 1957, wie oben hinter jeder Grundstücksbezeichnung vermerkt, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt, 30. 9. 1958

Amtsgericht

3483

61 K 22/57: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 24. November 1958, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden, das im Grundbuch von Wiesbaden-Igstadt, Band III, Blatt 81, (eingetragene Eigentümer am 27. 5. 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: a) der Bankangestellte Wilhelm Heinrich Christian Dürr, b) die Witwe Lina Dürr, geb. Deul, c) Kriegsinvalide Karl Dürr, d) die Ehefrau Hertha Spahl, geb. Dürr, e) Frieda Dürr, f) Schreiner Wilhelm Heinrich Dürr, sämtlich in Wiesbaden-Igstadt — in ungeteilter Erbengemeinschaft —), eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 454/259, Hof- und Gebäudefläche, Mainzer Straße 11, 5,48 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 26. 9. 1958

Amtsgericht

3484

Beschluß

2 K 7/58: Die im Grundbuch von Ehringen, Band 15, Blatt 637, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ehringen, Flur 5, Flurstück 164, Grünland, im Engelborn, 5,26 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Ehringen, Flur 12, Flurstück 14, Ackerland, am Lützer Wege, 12,18 Ar,

sowie das im Grundbuch von Ehringen, Band 24, Blatt 1028, eingetragene Grundstück: lfd. Nr. 2, Gemarkung Ehringen, Flur 14, Flurstück 10, Ackerland, auf der Mergelkaute, 49,99 Ar,

sollen am 17. Dezember 1958, 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstraße 5, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Band 15, Blatt 637: 1. Anna Marie Krug, geb. am 23. 5. 1910, Wilhelms Kind in Ehringen zur ideellen Hälfte, 2. Landwirt und Metzger Karl Schlenke aus Ehringen zur ideellen Hälfte. Band 24, Blatt 1028: 1. Anna Marie Beck, geborene Krug, Ehefrau des Inspektors Otto Beck in Eisenach, zur ideellen Hälfte, 2. Landwirt und Metzger Karl Schlenke aus Ehringen, zur ideellen Hälfte.

Für die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke ist die Bietgenehmigung des Landwirtschaftsgerichts in Wolfhagen erforderlich.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für: Band 15, Blatt 637: lfd. Nr. 3: auf 600,— DM, lfd. Nr. 4: auf 1000,— DM, Band 24, Blatt 1028: lfd. Nr. 2, auf 1200 DM, Gesamtwert: 2800,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Wolfhagen, 16. 9. 1958

Amtsgericht

Der Sonderdruck

aus Staats-Anzeiger Nrn. 22, 23 und 24/58

**Richtlinien
zum 1. Jahresförderungsplan
des Hessen-Jugendplanes**

ist zum Stückpreis von DM 0,50
(zuzügl. Porto) erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN
Wiesbaden - Herrnmühlgasse 11A - Postschließfach 109

Gothaer Allgemeine

VERSICHERUNG AG.

**Unfall- Haftpflicht- Kraftfahrt-
Reisegepäck- Transport-
Versicherungen aller Art**

Direktion in Göttingen, Gothaer Platz 7 - Fernruf 59221

(siehe auch Staats-Anzeiger Nr. 39/1958 S. 1147)

3485

Andere Behörden und Körperschaften

Aufforderung: Fräulein Erika Rüsseler, Dehringhausen Nr. 22, hat die Kraftloserklärung des von der Kreissparkasse Waldeck, Hauptzweigstelle Arolsen, auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 5288 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Korbach, 1. 10. 1958

Kreissparkasse Waldeck in Korbach
Der Vorstand

3486

Aufforderung: Frau Gretl Reuter, Hanau, Steinheimer Straße 3, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 119 837, ausgestellt auf Herrn Willi Reuter und Frau Gretl geb. Haber, Hanau, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Hanau, 30. 9. 1958

Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau
Der Vorstand

3487

Aufforderung: Herr Walter Wiesender, Bruchköbel, Seewiesenweg 5, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 51 748 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Hanau, 30. 9. 1958

Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau
Der Vorstand

3488

Öffentliche Ausschreibungen

KASSEL: Im Bezirk des Hess. Straßenbauamtes Kassel wird folgende Baumaßnahme öffentlich ausgeschrieben:

Neubau einer Stahlbetonstraßenbrücke über einen Feldweg, Bau-km 2,6 + 48, der Bundesstraße Nr. 7, Umgehungsstraße Obermeiser-Westuffeln, Kreis Hofgeismar.

Es werden u. a. folgende Arbeiten anfallen:

600 cbm mittelschweren bis schweren Boden lösen,
370 qm Sauberkeitsschicht 0,40 m stark einbauen,
220 cbm Stampfbeton B 160 herstellen,
120 stgdm. Stahlbetonstützen herstellen,
190 cbm Stahlbeton B 300 herstellen,
410 qm Hartgußasphalt herstellen.

Außerdem fallen noch umfangreiche Nebenarbeiten an. Es können nur solche Firmen bei der Angebotsabgabe berücksichtigt werden, die nachweislich schon solche Bauwerke ausgeführt haben. Entsprechende Referenzen sind erforderlich. Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Kassel, Ständeplatz 3^{1/2}, bis spätestens Montag, den 13. Oktober 1958 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei

anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von zusammen 3,— DM ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse in Kassel, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6745.) Für Selbstaholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am Dienstag, dem 14. Oktober in der Zeit von 8—12 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Zimmer 6, abgegeben.

Der **Eröffnungstermin** findet am Freitag, dem 24. Oktober 1958, vormittags 11.30 Uhr, statt.
Hess. Straßenbauamt

Berichtigung

In der Bekanntmachung betr. Gewerkschaft „Carlsburg III“ i. L., Staats-Anzeiger Nr. 39/1958, Seite 1176 darf es in der 6. Zeile von oben nicht „Carlsburg II“, sondern es muß richtig heißen: Eisenerzbergwerk „Carlsburg III“ usw.

Wiesbaden, 30. 9. 1958

Hessisches Oberbergamt

Die im Staats-Anzeiger Nr. 34/1958 veröffentlichten

Verwaltungsvorschriften

**zur Durchführung der Verordnung über die Gewährung
von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
(HBeihVO) vom 12. August 1958**

sind als **Sonderdruck 34/58**

erschienen und zum Stückpreis von **DM -,40** (bei Postversand zuzüglich Versandkosten DM -,10)

erhältlich in den Geschäftsstellen des

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

FRANKFURT (MAIN)

Münchener Straße 54

Telefon 331196 u. 331214

WIESBADEN

Herrnmühlgasse 11 A

Telefon 25861

Einzelstücke dieser Ausgabe d. St.-Anz., Stückpreis DM 0,40, sind erhältlich in den Geschäftsstellen des

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main), Münchener Str. 54

Tel. 33 12 14 / 33 11 96

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A

Tel. 2 58 61

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM 0,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117 337 — Verlag Kultur u. Wissen GmbH., Ffm. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen.) — Lieferung gegen Rechnung nur ab 3 Exemplaren an Behörden, Dienststellen, Firmen und Organisationen.

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH., Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmlelorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Einsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 32 Seiten.